Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, September/Oktober 2019 *69. Jahrgang, Nr. 803/804*

Die Freiheit ist nur mit Diszipin und Beharrlichkeit zu erreichen

Beim Mauerweglauf 2019 in Berlin war aus gutem Grund auch die die Stadt Hongkong vertreten

Als in jenem Jahr 1949 die heutige Großmacht China den Gründungstag des neuen Einheitsstaates beging, herrschte in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland der finsterstes Stalinismus. Tausende Frauen und Männer, mitunter noch minderjährig, befanden sich in kommunistischen Lagern und Gefängnissen, obwohl sie keine Straftaten begangen hatten.

Letzteres hat sich geändert. Der Zustand der Besatzung durch die Sowjets – egal ob als sogenannter Verbündeter oder als Siegermacht – ist seit fast drei Jahrzehnten überwunden.

Deutschland hat – man mag streiten, ob auf gutem oder schlechtem Niveau – die Demokratie als Staatsform, das Land ist trotz teils heftiger innerer Auseinandersetzungen befriedet, und Deutschland ist heute eine der führenden Wirtschaftsmächte.

In und mit China ist das anders. Die Volksrepublik ist gewiss eine noch stärkere Wirtschaftsmacht geworden, sie hat – wie wir das am 1. Oktober 2019 im Fernsehen sehen durften – militärisch gewaltig aufgerüstet, und niemand würde es wagen, das Land von außen anzugreifen. Ob die Volksrepublik seine gewaltigen Armeen und die gefährlichen Langstreckenraketen jemals brauchen wird, ist ungewiss und eigentlich unwahrscheinlich. China hat außer Landes keine militärischen Feinde, der Feind, wenn man die Position der Regierung einnimmt, steht im Innern, er gehört seit zwanzig Jahren zum Territorium der Volksrepublik. Sein Name ist Hongkong, seine Bevölkerung umfasst sieben Millionen Menschen, von denen sich die deutliche Mehrheit mit dem Zustand der kommunistischen Diktatur, die der einstmals kapitalistischen Metropole brutal übergestülpt werden soll, nicht abfinden wollen. Seit Monaten sind die Hongkonger in Massen mindestens einmal in der Woche auf der Straße, um für ihre Freiheit und langfristig für die Unabhängigkeit von Peking zu demonstrieren. Es ist wie einst in Plauen, Leipzig oder Berlin, als das Volk der DDR den Sozialismus und das damit verbundene Unrecht satthatte und nach demokratischen Verhältnissen verlangte. Und doch ist es für die Menschen in Hongkong schwerer, vor allem gefährlicher als für jene Demonstranten in der DDR.

Die Pekinger Führung kann und will Hongkong nicht preisgeben. Die Metropole ist ein wirtschaftlich wichtiger Faktor, über die umfangreiche Geschäfte mit dem westlichen Ausland abgewickelt werden. Noch bedeutender ist jedoch der Einfluss der Demonstranten, die auch die restliche Bevölkerung Chinas infizieren könnten. Man erinnere sich an den Aufstand vom Juni 1989, in dessen Ergebnis zweieinhalbtausend Studenten wie krankes Vieh niedergemetzelt wurden. Wird die Regierung bei einem zu befürchtenden Flächenbrand sich dessen noch einmal erdreisten oder muss sie diesmal nachgeben?

Die Hongkonger schauen mit Wehmut und Zuversicht nach Deutschland, wo vor dreißig möglich wurde, was auch ihr Traum wäre: das Ende der kommunistischen Diktatur; und sei es allein für die blühende Stadt.

Die Bedeutung des Mauerfalls lässt sich daran messen, dass am 13. August 2019 nun auch Läufer aus Hongkong am Mauerweglauf in Berlin teilgenommen haben. Die Gespräche, die geführt wurden zeigten einmal mehr, wie wichtig den Hongkonger die Unterstützung gerade Deutschlands bei den weiteren Demonstrationen ist und welche Hoffnung die Aufbegehrenden aus dem glücklichen Verlauf der Revolution von 1989 schöpfen.

Hugo Diederich

Das Foto zeigt die Rückennummer eines Hongkonger Läufers mit der Losung: STAND WITH HONG KONG – WE RESIST FOR WHAT WE DESERVE:

Dreißig Jahre Mauerfall – nun dürften es auch die Letzten mitbekommen haben, dass Deutschland bis 1989 durch einen militärisch gesicherten Grenzwall geteilt gewesen ist. Am Tag der Einheit überboten sich die Fernsehsender geradezu mit Berichten über den „Antifaschistischen Schutzwall“, an dem nach offiziellen Angaben etwas mehr als eintausend Menschen ums Leben kamen, (wobei die wirkliche Zahl viel höher liegen dürfte, was man aber nicht öffentlich äußern darf) und mit Diskussionen, ob die DDR ein Unrechtsstaat war.

Natürlich, auch wir ehemaligen politischen Häftlinge, die wir bei der großen Bestandsaufnahme mehr oder weniger im Schatten standen und stehen, reiben uns die Augen, wenn wir in der Rückschau die Massendemonstrationen erleben. Gerade wir waren es, die immer am Gedanken der Einheit festgehalten und durch unsere Aktivitäten für ein geeintes Deutschland gekämpft und in den Haftanstalten für diesen Idealismus gebüßt haben. Wer sonst kann das von sich behaupten? Große Teile der Bürgerbewegung hatten eine reformierte, milder organisierte DDR im Visier. Es ist kein Geheimnis, dass sich diese Personen noch heute zu diesem (falschen) Ideal bekennen und damit in den Medien und bei den Politikern Aufmerksamkeit finden. Vielleicht, weil man in der Alten Bundesrepublik einem solchen Gedanken keineswegs negativ gegenüberstand? Man denke nur an die Haltung der SPD oder an einige Schriftsteller und Künstler.

Rückblickend ist deutlich erkennbar, dass die schnelle und geradlinige Durchsetzung der Wiedervereinigung auf das Konto Helmut Kohls geht. Man kann über den damaligen Kanzler durchaus nicht nur eine gute Meinung haben, aber die Klarsicht und die Entschlossenheit, mit denen er auf die Einheit zusteuerte, waren entscheidend. Ebenso wichtig war, dass die Truppen der sowjetischen Besatzer innerhalb kurzer Zeit aus dem Land verschwanden. Auch hier hat Helmut Kohl einen klaren Kopf bewiesen. Es war zu sehen, dass Gorbatschow als Generalsekretär der Moskauer Kommunisten ein wankelmütiger und nicht immer realitätsnaher Politiker war. Dass Kohl das ausgenutzt hat, hat keineswegs mit Hinterhältigkeit oder Unrecht zu tun, sondern es ging darum, mit der Herstellung der Einheit das Grundrecht der Deutschen zu erwirken.

Auf ein Wort des Redakteurs

Nicht anders ist die Rückführung der mehr als eine Million sowjetischer Militärs in ihr Heimatland anzusehen. Es dürfte ein sehr geringer Anteil der DDR- Bevölkerung gewesen sein, der diese Jahrzehnte währende völkerrechtswidrige Form einer vorgetäuschten Freundschaft begrüßt hatte. Die Vorstellung, in jenem entscheidenden Zeitraum 1989/90 wäre bereits ein Wladimir Putin Staatschef in Moskau gewesen, dürfte uns alle frösteln lassen. Wir hätten einen zweiten 17. Juni erlebt, es wäre zu zahllosen Opfern gekommen.

Wir wollen freilich noch einmal betonen, dass es bis Ende 1989 auch ohne Panzer und Kalaschnikow in der DDR genug politische Opfer gegeben hat. Damit komme ich auf die Rolle und den Stellenwert von uns damaligen politischen Häftlingen zu sprechen. Sicher habe ich keinen Überblick über alle TV-Sendungen, doch ich maße mir auch so die Einschätzung an, dass wir zu wenig Beachtung gefunden haben. Es gab einzelne Fluchtgeschichten, und es gab am Tag der Einheit im ZDF in einer interessanten Sendung, in der es um die Freiheit des Einzelnen ging, einen anschaulichen Sende-Part, in dem unser VOS-Kamerad Jürgen Krahn die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg, in der er neun Monate eingesperrt war, vorstellte. Sichtlich verschlug es dem Moderator die Sprache, als Kamerad Krahn die Freihofkäfige vorstellte und die übliche Aufenthaltsdauer nannte: 20 bis 30 Minuten. Nicht nur ich würde mir wünschen, dass wir viel mehr solche Sendungen mit rein geschichtlichen Fakten und Bildaufnahmen zu sehen bekommen. Davon abgesehen berührte eben diese Sendung in puncto Freiheit auch andere durchaus sensible Fragen wie jene mit dem Wunsch nach Sterbehilfe oder die Möglichkeit, ungestraft, ungefährdet und ohne Nazi-Stempel in der Öffentlichkeit eine Meinung abseits des Main-Streams äußern zu dürfen.

Als Opfer, und dies ist ein geradezu absurdes Fazit an diesem 29. Tag der Wiedervereinigung, wurde nun jener Teil der Bevölkerung präsentiert, dem die Integration in das freiheitlich demokratische Systems des Westens nicht gelungen ist. Hier taucht unversehens der Begriff „unzufriedener Ossi“ auf. Auf wen er zutrifft, bleibt unklar. Nach meiner Erfahrung ist vielfach Menschen die Integration nicht gelungen, die das DDR-System mitgetragen haben. Das waren Angehörige der Organe, die die Unterdrückung der Andersdenkenden, Staatsgegner und Kritiker zu verantworten hatten. Es ist klar, dass sich diese Leute heute nicht wohlfühlen und der DDR nachtrauern. Andererseits sind auch nicht alle Haftopfer und Verfolgten in dem neuen System angekommen. Von denen will sicherlich niemand eine DDR zurück, doch sie fühlen sich übergangen und oft alleingelassen. Ich darf hier noch mal auf die bis heute offene Forderung nach einer Opferrente auch für Betroffene mit weniger als sechs Monaten Haft hinweisen. Darf es eine solche Klassifizierung geben? Ich halte es für dringend erforderlich, auf der nächsten Generalversammlung einen Beschluss zur Durchsetzung der Opferrente für alle ehemalige politisch Inhaftierte zu fassen. Es wird, wenn wir dies tatsächlich irgendwann einmal durchgesetzt haben sollten, niemanden geben, der deswegen benachteiligt wäre. Ebenso dringend gilt es, wegen des Inflationsausgleichs nachzufassen. Die ersten Schritte waren längst eingeleitet, warum ist nun Stillstand eingetreten? Diesbezüglich kann man von unseren einstigen Peinigern eine Menge lernen: Sie wissen, wie man den Staat zur Kasse bittet, ihn zugleich mit Schmutz bewirft, seine Abschaffung fordert und die DDR als das bessere Regime deklariert. Ich kann nur sagen: Auch wir SED-Opfer müssen etwas tun – für uns.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: VOS-Mitglieder bei dem Gedenken an den 30. Jahrestag des Mauerfalls

Titelseite

Brennpunkt Hongkong: Wird es eine demokratische Lösung für den Konflikt geben?

Redaktionsthema:

30 Jahre Mauerfall – wir sind stärker daran beteiligt, als mancher glaubt
Die Medien überschlugen sich in der Berichterstattung. Leider gab es auch falsche Informationen 2

Freiheit ist auch, gefahrlos seine Meinung mitteilen zu dürfen
ZDF stellt die Stasi-UHA in Magdeburg und lässt Ex-Häftling zu Wort kommen 4

Abriss, Austausch und mit alten Reliquien Rückkehr zur Verklärung des staatlichen Unrechts?
In Neubrandenburg wird der Geist der altstalinistischen offenbar mit großem Enthusiasmus neu belebt 5 - 6

Es ist ein ungeheuerlicher Vorgang, der sich vor unseren Augen vollzieht
Die SPD sucht ihren weiteren Absturz durch ein Wahlversprechen an Die Linke. aufzuhalten 7

Die Erinnerungen sind schmerzhaft und doch umso wichtiger
Essener Galerie F 19 stellt Gemälde er im Vorjahr verstorbenen Ellen Thiemann aus 8 – 9

Kein Besuch bei den West-Verwandten
Hinter den Kulissen fanden die Intrigen statt 10

Auch westdeutsche Raumfahrer haben Geschichte geschrieben …
… und wirkliche Heldentaten vollbracht 10

Man muss auch heute fragen: Gerechtigkeit, was ist das?
Eine Betrachtung zur aktuellen Situation der ehemaligen politischen Häftlinge 11 – 12

Von Dreistigkeiten und geistiger Umnachtung
Ein Ex-Stasi-Mann besucht die Gedenkstätte 13

Das verschwundene Hochzeitsfoto war der erste Vorbote einer verhängnisvollen Zeit
Über die Zeit in Workuta, eine große Freundschaft und eine vollstreckte Todesstrafe 16

Unerwartete Initiative
Eine Gedenktafel vor ehemaligem GPU-Gefängnis in Bad Freienwalde? 16

Man sollte auch über Wurzeln und Gemeinsamkeiten sprechen
Was bedeutet Extremismus? 16

Die Gäste waren tief beeindruckt
Peter Hippe referiert über vor CDU-Gruppe in Mülheim über das Unrecht der Teilung 16

Das war Wissensvermittlung pur
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Hilden lädt Felix Heinz Holschtke zu Referat ein 17

Dieser Dialektik kann ich nicht folgen
Protest gegen die Behauptung, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen 17

Als sich der Unrechtsstaat selbst entlarvte
Schon vergessen, was im Juni 1953 in der DDR passiert ist? 18

Er war nicht mal der Schatten eines Helden
Während die „Wessis“ Sigmund Jähn zum Idol erklären, winken die „Ossis“ genervt ab 18

Nur die Sache, die man aufgibt, ist verloren
Überlegungen zur Reaktivierung des Internetforums „Flucht und Ausreise“, das nach Wolfgang Mayers Tod abgeschaltet wurde. 19

Eine exklusive Idee mit guten Leuten
VOS könnte unerwartet zu Spendengeldern kommen 20

Warnung und Lehre
Lyrik in der Freiheitsglocke 20

Termine, Geburtstage 4, 8, 12
Briefe 11, 16, 17
Nachrufe, Verstorbene 7, 12, 19

Danke an die Spender

Hannelore Dahnke, Edgar Zaspel, Hans-Dieter Barthel, Dr. Bernd Röhlig, Barbara und Stefan Lindner, Hans-Jürgen Brodersen, Annelies Schnabel, Ingrid und Michael Faber, Ilona Eser, Hans Schwan, Erika Noack, Dr. Helmut Schulze, Christine Liszewski, Vera Falke, Petra und Roland Frischauf, Hartmut Behle, Günter Steinrücken, Gerd Ahnert, Hartmut Schlotte, Hans Schwan, Annelie Fratz, Annemarie Krause, Frank Wiebeck, Peter Klaußner, Karl-Heinz Ulrich, Stefan Hensel, Fritz Schaarschmidt, Gerhard Milde, Beate Rusch, Bernd Brenzel, Kurt Siehl, Karl-Heinz von Pohlheim, Hans Stein, Manfred Krafft, Dr. Bernd Palm, Wilfried Seifert, Jürgen Weisbach.

Einladung

Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir laden Euch herzlich zur Jahresabschlussveranstaltung 2019 am Samstag, 30. November 2019, um 10.00 Uhr. Der Ort des Treffens hat sich geändert: Ratsstube am Johannisplatz 1 (ehem. Staatsbank) in 09111 Chemnitz. Wir wollen uns Zeit für einen Rückblick nehmen. Familienangehörige und Freunde sind ebenfalls herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf Euer Kommen.
Der Vorstand der VOS Chemnitz - Hohenstein-Ernstthal - Stollberg
Teilnahmebestätigung bitte an: VOS Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz
Oder per Telefon unter 0176 76757551.

Eine Anmerkung zu dieser Fg-Ausgabe

Liebe Leserinnen und Leser, mitten in der Fertigstellung dieser Zeitungsausgabe hat mein PC, an dem ich leider schon viel zu lange gearbeitet habe, für immer seine Mitarbeit eingestellt. Leider hat er auch einige Daten mit in die digitalen Jagdgründe genommen. Ich musste daher erstens einen neuen Rechner (mit neuen Programmen) anschaffen und mich einarbeiten, und zweitens war es erforderlich, einen Teil der ursprünglich fertigen Dateien (für diese Fg) neu zu erstellen. Falls sich Fehler oder Mängel eingeschlichen haben, bitte ich um Nachsicht. Es wird aber besser.

Ihr Redakteur Alexander Richter

VOS

Aktivitäten

Endlich mehr Beachtung für VOS

Gedenkfeier in der NRW-Landeshautstadt Düsseldorf am 9. November

Liebe Kameradinnen und Kameraden,
der VOS ist im Bündnis mit anderen Opferverbänden aus Anlass des 30. Jahrestages des Mauerfalls ein wichtiger Erfolg gelungen. In Düsseldorf wird am 9. November im Beisein des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen sowie des NRW- Landesbeauftragten eine Kranzniederlegung erfolgen.

Ort der Veranstaltung ist das Mauersegment, welches als Denkmal am Düsseldorfer Landtag errichtet wurde. Eine gewisse Aufmerksamkeit der Presse ist zu erwarten. Angestrebt sind Gespräche mit den anwesenden Politikern. Eine ähnlich bedeutsame Veranstaltung mit Ministerpräsident und Landesbeauftragtem hat es in NRW sehr lange nicht gegeben.

Neben dem Landesbeauftragten wird auch der VOS-Landesvorsitzende in NRW Felix Heinz Holtschke eine Ansprache halten.

Bernd Pieper, VOS BG Detmold/Münster

Freiheit, wie ich sie heute genieße

Anlässlich des Tages der Deutschen Einheit wurde Jürgen Krahn im ZDF interviewt

Viele wissen es nicht mehr: Das Zweite Deutsche Fernsehen ist in den 1960er unter entscheidender Mitwirkung des damaligen Fg-Redakteurs und VOS- Vorstandsmitglieds Hans-Joachim Platz entstanden. Darauf sind wir als Verband stolz und werden auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit daran erinnern. Eine solche Gelegenheit wäre der 3. Oktober gewesen, denn an diesem Tag wurde zur exklusiven Sendezeit von 19.30 Uhr ein dreiviertelstündiger Beitrag zum Thema „Freiheit“ ausgestrahlt. Kein Geringerer als der Sportmoderator und Redakteur des MoMa (Morgenmagazin) Jochen Breyer (Foto links mit Jürgen Krahn) stellte in dieser Sendung Menschen vor, die ihre Erfahrung und ihre Sichtweise zum Thema Freiheit äußern durften.

Unter den Befragten war Kamerad Jürgen Krahn, der über seine Zeit in der Stasi-Haftanstalt Magdeburg berichten durfte. Neben Jürgen Krahn kamen weitere Mitbürger*innen unseres Landes zu Wort. So wurde das Thema Sterbehilfe angesprochen oder die Freiheit des Motorradfahrens, die wiederum für Anwohner einer Ortsdurchfahrtsstraße eine enorme Lärmbelästigung erzeugte. Auch ein junger Mann kam zu Wort, der sich in seiner Meinungsfreiheit eingeschränkt sah, wenn er sich kritisch über politische Themen (Flüchtlingsdebatte, Teilnahme an Dresdner Demos) jenseits des vorgegebenen Mainstreams äußerte. Aus Furcht, nach dieser Sendung angefeindet zu werden, gab er weder seinen vollen Namen noch seinen Wohnort an.

Jürgen Krahn hingegen stand zu dem, was er sagte, und er vertrat die Position und die Erfahrungen aller Haftopfer sachlich und entspannt. Er war in der Tat mann’s genug, sich an authentischer Stelle in einer ehemaligen Zelle der UHA filmen zu lassen und über die Drangsalierungen und unwürdigen Bedingungen in der Haft Auskunft zu geben. Ganz sichtlich stockte dem noch jungen Redakteur ein wenig der Atem, als er mit dem einstigen Häftling gemeinsam in einem der Freihofkäfige stand. Erwartet man nicht, wenn man das Wort Freistunde vernimmt, einen geräumigen Hof, den breiten Himmel und die Gemeinschaft mit anderen Gefangenen zu finden? Und kann man sich vorstellen, so wie Jürgen Krahn neun Monate in der engen Zelle ohne Fenster und Bewegungsmöglichkeit dahinzuvegetieren?

Es ist gut, dass es diese Sendung gegeben hat. Selten ist (trotz der kurzen Sendezeit von ein paar Minuten) so authentisch und Pathos berichtet worden. Und letztlich ist es ein Glücksfall, dass überhaupt ein Betroffener aus unseren Reihen ausgewählt wurde. Denn über Wochen hinweg wurde zuvor unter den Zuschauer gefragt, was für sie persönlich Freiheit bedeutet. Demnach danken wir sowohl den Verantwortlichen des Senders wie auch Jürgen Krahn, der seine Vorstellung zum Thema Freiheit plausibel machen konnte. Fazit: Mehr solcher bürgernahen Beiträge. *ARK*

Wachsam sein, damit wir weiter in einer Demokratie leben können

Wie ein links-moderner Populismus den Blick auf die Vergangenheit verfälscht

Das Wandbild „Kampf und Sieg der Arbeiterklasse“ von W. Schubert soll im Neubrandenburger Rathaus freigelegt werden. Dass dieses Bild von sozialistischer Anschauung geprägt ist, sagt nicht nur der Titel aus. 1991 wurde dieses Bild auf Geheiß der Rathausspitze abgeklebt. Jetzt wird im Rathaus wieder ein großflächiges Marx-Porträt zu sehen sein. Dagegen lässt die Stadt Neubrandenburg den denkmalgeschützten Ort, wo die Opfer der DDR-Diktatur physisch wie psychisch gefoltert wurden, auf dem Neubrandenburger Lindenberg verfallen.

Wir wollen und wir müssen wachsam sein, damit wir weiter in einer Demokratie leben können. Der gegenwärtige Populismus, egal welcher Couleur, ist erschreckend. All diejenigen, die in der DDR negative Erfahrung gemacht haben, wissen, dass das Unrecht der SED in sich differenziert und auch sehr unterschiedlich in seinen Auswirkungen war. Dazu gehören auch die vergessenen Kinder, die Nachkommen politisch Verfolgter und die Tatsache, dass viele Kinder von politisch Verfolgten in der DDR traumatische Erlebnisse hatten, von denen eine Reihe auch erst im späteren Verlauf des Lebens sichtbar und wirksam werden.

Auch wenn die DDR seit drei Jahrzehnten Geschichte ist und man auf gut zwei Jahrzehnte Aufarbeitung der SED-Diktatur zurückblicken kann, sind die perfiden Maßnahmen der DDR-Obrigkeit, persönliche Leidensgeschichten ehemaliger politischer Häftlinge und deren Nachkommen noch lange nicht ausgestanden und aufgearbeitet. Das an den Kindern verübte DDR-Unrecht wirkt bis heute – in die nächste Generation und möglicherweise noch weiter. Wenn man jetzt veraltete sozialistische DDR-Kunst im Neubrandenburger Rathaus unnötig wieder zum Leben erweckt, so sollte die Stadt Neubrandenburg auch zu den verschwundenen und verfallenen Denkmälern stehen. Diese sind wichtig und legen wahres Zeugnis ab. Doch davon ist die Stadt weit entfernt? Oder wo sind die Grenzen für den Oberbürgermeister? Hierzu sagte ein griechischer Philosoph: „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit – das Geheimnis der Freiheit aber ist der Mut.“ Eine Erkenntnis, die heute und morgen mehr denn je von Bedeutung ist. *André Rohloff*

Dreißig Jahre „danach“ fühlen sich die Opfer ausgeschlossen

In Neubrandenburg sollen gut erhaltene Teile der Stasi-UHA einfach weggeebnet werden

In der 1987 in Betrieb genommenen Neubrandenburger Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit war Kapazität für viele Untersuchungs- und Strafgefangene. Diese Untersuchungshäftlinge und Strafgefangenen waren politische Häftlinge der DDR-Diktatur und des SED-Regimes. In der zweiten Etage der Haftanstalt gab es den Ausländerverwahrbereich. Hier existierten zwei Zellen für je zwei Personen und eine Einzelzelle. Für Verurteilte der sozialistischen Diktatur hatte man eine Zelle für sechs Personen, zwei Zellen für vier Personen und eine Zelle für vier Personen sowie für Strafgefangene der sozialistischen Diktatur sieben Zellen für vier Personen und vier Zellen für fünf Personen vorgesehen. In der dritten Etage gab es sechs Einzelzellen, 14 Zellen für drei Personen, neun Zellen für vier Personen und vier Einzelzellen, die für den Arrest bzw. der Absonderung dienten. In der vierten Etage war das Krankenrevier mit drei Einzelzellen, zwei Zellen für zwei Personen, eine Zelle für drei Personen geplant, und für Strafgefangene des SED-Regime gab es fünf Einzelzellen, vierzehn Zellen für drei Personen und acht Zellen für vier Personen. In allen Zellen waren die Fenster mit Glasbausteinen zugemauert, sodass die politischen Häftlinge des DDR-Unrechtsregimes keinen Blick nach draußen hatten und das Tageslicht nur gedämpft einfallen konnte. Für die Belüftung der Zelle konnte man lediglich ein schmales Brett unterhalb der Glasbausteine ein Stück hervorziehen.

Im Jahr 1987 befanden sich durchschnittlich acht bis zehn Untersuchungshäftlinge und 19 bis 21 Strafgefangene in der Neubrandenburger Haftanstalt des MfS; im Jahr 1988 waren es etwa 14 bis 22 Untersuchungshäftlinge und acht bis 18 Strafgefangene; im Jahr 1989 sind durchschnittlich 18 bis 39 Untersuchungshäftlinge und 27 bis 31 Strafgefangene zu verzeichnen.

Den um ihre Freiheit beraubten politischen Häftlingen der SED-Diktatur stand eine zensierte Zeitung pro Tag, vier Bücher pro Woche und keine Information über die aktuelle Uhrzeit zu. Bei gutem Wetter (kein Regen) konnten sie pro Tag ca. eine Stunde Freigang in der sogenannten „Freigangstorte" zubringen. (In anderen Haftanstalten wurden nur 20 bis 25 Minuten sogenannte Freistunde innerhalb der „Tigerkäfige“ gewährt – d. Red.) Das „Tortenstück" war drei Meter hoch und hatte eine Fläche von 21 qm. Im Innenkreis patrouillierte in drei Meter Höhe auf einem schmalen Gang ein MfS-Angehöriger, dieser hatte jederzeit Überblick über die politischen Häftlinge der DDR-Diktatur. Interessant an der Neubrandenburger Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit ist der Fakt, dass es hier besondere Strafgefangenenarbeitskommandos gab. Hier sollten zentral für die gesamte DDR verurteilte MfS-Mitarbeiter, besonders zu isolierende Angehörige von NVA, MdI, Zoll und Staatsanwaltschaft, „operativ bedeutsame Strafgefangene aus den Zentralen Staatsorganen und der Volkswirtschaft" sowie deren Familienmitglieder zentriert werden.

→ *nächste Seite oben*

→von vorige Seite unten

Die für die U-Haft und den Strafvollzug zuständige Abteilung XIV war, vor allem wegen des besonderen Strafgefangenenarbeitskommandos, mit mehr als 60 Mitarbeitern die mit Abstand größte Abteilung XIV auf Bezirksebene.

Für viele politische Häftlinge in der DDR schien die Lage als Gefangene in der Untersuchungshaftanstalt damals in vielerlei Hinsicht aussichtslos zu sein. Und doch ist es gerade diesen Männern und Frauen zu verdanken, dass wir auch heute noch mit Hoffnung und – mehr noch – mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Denn ihre Schicksale zeigen uns, dass es auch unter widrigsten Umständen Menschen gibt, die aufrichtig und verantwortungsvoll, die einfach menschlich denken, fühlen und handeln können. Sie sind uns Vorbild, Mutmacher und Mahner. Ihnen sollen wir ein ehrendes Gedenken bewahren. Aber dies geschieht nicht, indem wir solche Orte des Grauens und des Leidens für immer entfernen. Bis heute gibt es keine ausreichenden Forschungen zur MfS-Haftanstalt Neubrandenburg – und dies 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution in Deutschland. Ist es aber nicht die moralische, intellektuelle, politische und gesellschaftliche Pflicht, dies aufzuarbeiten und für die nachfolgenden Generationen zu bewahren? Dies nicht zu tun würde uns für Ewigkeiten zu Gehilfen des totalitären Bösen machen – und sei es einfach nur, indem wir schweigen! Man muss fragen, warum sich die Stadt Neubrandenburg bis heute nicht für die Erhaltung der Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit eingesetzt hat? Die Gebäude stehen leer. Warum unternimmt die Stadt Neubrandenburg oder die Landespolitik nichts, um die alte Stasi-Haftanstalt unter Denkmalschutz zu stellen? Hier gibt es noch sehr vieles, was original erhalten ist, da wären z. B. die einmalig kompletten Stehzellen, alte Hafttüren, Überreste der sogenannten Freigangstorte. Doch die Stadt Neubrandenburg möchte das Areal beräumt vom Land Mecklenburg-Vorpommern erwerben, um dort weitere Wohnungen bauen zu lassen. Und dies an einem historisch bezeichnenden Ort der zweiten deutschen Diktatur! Wäre dies an einem Ort der ersten deutschen Diktatur denkbar?

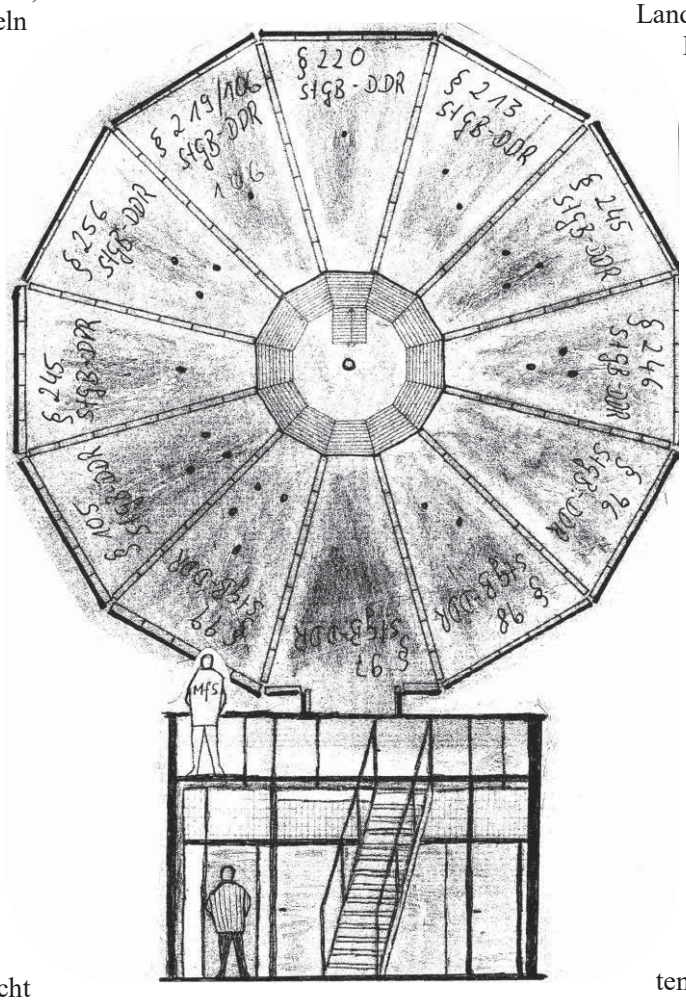
Fragen muss man auch: Was unternimmt die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg- Vorpommern bzw. die Beauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur unseres Bundeslandes, um die bis jetzt noch existierenden Segmente zu schützen?

Bei alledem werden die Opfer der SBZ-, DDR-, SED-Diktatur zunehmend zu Statisten bzw. zum schweigenden Beiwerk an irgendwelchen Gedenktagen gemacht, da die Opferverbände nur unzureichend oder gar nicht beteiligt werden. Was haben die Stadt Neubrandenburg und die Landespolitiker unternommen, um eine Stellungnahme um Erhalt bzw. zum Abriss der Stasi-Haftanstalt Neubrandenburg z. B. von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) einzuholen? Mir ist diesbezüglich nichts bekannt.

Die Opfer der DDR-Diktatur werden durch die Neubrandenburger Kommunalpolitik, die Verwaltung, die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern bzw. die Landesbeauftragte für Mecklenburg- Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur offenbar übergangen. Man muss fragen, warum?

Ich habe kein Engagement von Neubrandenburgs Lokalpolitik bzw. von den Politikern aus dem Landkreis Mecklenburgische-Seenplatte, der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, der Landesbeauftragten für Mecklenburg- Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur bzw. von Landes- und Bundespolitikern wahrgenommen, um diesen Ort des Leidens als Gedenkstätte zu erhalten. Niemand sucht das Gespräch mit der VOS, um sich über die Zukunft dieses Ortes auszutauschen. Es ist aber doch die Aufgabe einer demokratischen Politik, sich schützend vor die Opfer einer jeden Diktatur zu stellen und die Erinnerung an das geschehene Unrecht sichtbar zu machen. Dies vermisse ich 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution.

Andre Rohloff, Neubrandenburg



Die hier gezeigte Grafik wurde vom Verfasser des Beitrags nach den realen Gegebenheiten angefertigt. Sie bildet die vorstehend zitierte „Freihoftorte“ mit den jeweiligen Kammern ab, in die Andre Rohloff auch die Paragrafen eingetragen hat, die im SED-Staat zu politischen Verurteilungen geführt haben. Die Freihofkäfige waren nicht in allen Stasi-Haftanstalten gleich. Sie wurden der Größe und Lage der jeweiligen Untersuchungshaftanstalt angepasst.

Ein neuer Kurs, den keiner versteht und der noch weiter ins Elend führen dürfte

„Malu“ Dreyer von der SPD spricht sich am 9. August für eine spätere Koalition mit der Partei Die Linke aus

Obwohl dieses geradezu verhängnisvolle Statement der Interimsvorsitzenden der SPD Marie Luise Dreyer schon zwei Monate zurückliegt, ist seine Wirkung bis heute keineswegs verhallt: Die SPD erwägt eine Koalition mit den Linken. Mag sein, dass ein derartiges Bündnis selbst unter Beteiligung von B`90 / Grüne ohnehin keine Mehrheit fände, bleibt doch die reine Absichtserklärung ein fatales Zeugnis, das unser Kommentator nachfolgend eindeutig bewertet.

Maria Luise Anna Dreyer, genannt „Malu“, ist seit 2013 Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Einer ihrer Vorgänger war der heute längst vergessene Rudolf Scharping, der Koalitionen mit Gregor Gysis PDS bis in die untersten Parteigliederungen hinein verboten hat. Damals war die vor mehr als 150 Jahren gegründete SPD noch eine mächtige Partei, die die CDU/CSU zu fürchten hatte.

Heute ist das alles anders! Die einst stolze und geschichtsbewusste Partei verliert Landtagswahl um Landtagswahl, wie zuletzt in Brandenburg und Sachsen. Überall ist sie nur noch drittstärkste Kraft, wenn überhaupt.

Da Not erfinderisch macht, hat „Malu“ Dreyer im Auftrag der SPD-Führungsriege am 8. August die Öffentlichkeit wissen lassen, die einstige Arbeiterpartei strebe nach der nächsten Bundestagswahl eine Koalition mit Gregor Gysis Partei Die Linke an. Dieser scheinbare Ausweg ist nichts weiter als ein Zeichen von Schwäche, Hilflosigkeit, Verzweiflung und Geschichtsvergessenheit! SPD und KPD hätten 1932/33 den Aufstieg und die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten verhindern können, wenn sie gemeinsam gekämpft hätten. Stattdessen zerfleischten sie sich gegenseitig, und ihre zu Zehntausenden verhafteten Mitglieder hatten in den Konzentrationslagern Adolf Hitlers zwölf Jahre Zeit, darüber nachzudenken, welche gewaltigen Fehler sie begangen hatten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Karten neu gemischt! KPD-Führer Walter Ulbricht (1893 bis 1973) strebte eine Fusion mit der SPD Otto Grotewohls (1894 bis 1964) an, weil die KPD allein für die gewaltigen Aufgaben der Zukunft zu schwach war. Also wurde am 21./22. April 1946 die „Sozialistische Einheitspartei“ (SED) gegründet, und Arbeiterverräter Otto Grotewohl setzte pflichteifrig seine Unterschrift unter den Einheitsvertrag, zumal die russische Besatzungsmacht auf allen Ebenen gewaltigen Druck ausübte.

Obwohl alle Positionen in der neuen Partei 1946 paritätisch besetzt wurden, wandelte Walter Ulbricht die SED in den drei Jahren bis zur DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 in eine „Partei neuen Typus“ nach leninschem Muster um. Oppositionelle SPD-Leute, die damit nicht einverstanden waren, wurden aus ihren Positionen entfernt oder ins zweite Glied gedrängt. Hunderte flohen nach Westberlin, Hunderte wurden verhaftet und wegen „Sozialdemokratismus“ zu langen Haftstrafen verurteilt, rund 200 SPD-Mitglieder starben in den Zuchthäusern der DDR.

Aber das alles will *Malu* Dreyer, die 1961, im geschichtsträchtigen Jahr des Mauerbaus, in Neustadt an der Weinstraße geboren wurde, nicht wissen. Um ihre Partei nicht vollends im Geschichtsloch verschwinden zu lassen, greift sie nach dem Rettungsanker einer Koalition mit Gregor Gysis schauerlicher Truppe, der Nachfolgerin jener Partei SED, die die SPD 1946 liquidiert und in ihrem Staat die deutsche Arbeiterbewegung ausgelöscht hat! Es ist ein ungeheuerlicher Vorgang, der sich vor unseren Augen vollzieht. Bald wird die SPD, deren Verluste an Wählerstimmen erschreckende Ausmaße angenommen haben, keine wichtige politische Rolle mehr spielen können. Wird dann ein neuer Vereinigungsparteitag mit den Linken die letzte Rettung sein? *Jörg B. Bilke*

Nachruf

Klaus Maul

1947 ☆

2019 ✞

Am 25. Mai 2019 verstarb in der Klinik in Neustadt am Rübenberg nach langem, immer schwerer werdendem Kampf gegen eine unheilbare Krankheit unser verdienter Kamerad Klaus Maul.

Kamerad Klaus Maul gehörte der VOS-Bezirksgruppe Hannover an. Seine schwere Erkrankung, für deren Bekämpfung er sich schon seit Jahren immer wieder in stationäre Behandlung hatte begeben müssen, hinderte ihn häufig an der Teilnahme an den gemeinsamen Treffen mit den Kameradinnen und Kameraden.

Dennoch waren seine Verbundenheit mit den Mitgliedern sowie das Bekenntnis zu den Zielen des Verbandes eindeutig, hatte er doch in der DDR drei schwere Jahre Haft und die anschließenden Folgen mühsam überwinden müssen. Kamerad Maul gehörte überdies dem Netzwerk Niedersachsen der SED-Opfer an.

An seinem Grab verabschiedeten sich mehrere VOS-Kameraden mit einem liebevoll zusammengestellten Gebinde aus Rosen sowie ein Vertreter des Netzwerkes. Unser Mitgefühl gilt der Frau des Verstorbenen und seinen Angehörigen. In unserer Erinnerung wird Kamerad Klaus Maul einen ehrenden Platz einnehmen.

Bez.Gruppe/ Bgf/ Red.

Eine starke, ambitionierte Frau mit dem Willen zur Aufklärung

Essener Kulturstudio F 19 ehrt in Ausstellungseröffnung mit Zeitzeugen-Gespräch und Lesung noch einmal die vor einem Jahr verstorbene Journalistin und Künstlerin Ellen Thiemann

Obwohl die Thematik in Essen – und im Westen allgemein – medial vorerst leider deutlich unterrepräsentiert ist, fanden am 20. September 2019 zahlreiche Interessierte ins Kulturstudio F19, um sich im Jahr des Mauerfalls mit Zeitzeuginnen des Unrechtstaats DDR auszutauschen und Informationen über diese Zeit zu erhalten.

Im Mittelpunkt stand dabei die im vorigen Jahr verstorbene Journalistin und Künstlerin Ellen Thiemann, für die bereits im Mai 2019 an derselben Stelle zu einer bewegenden Gedenkstunde eingeladen worden war. Aufgrund der großen Resonanz wurden Ellen Thiemanns Gemälde nun der Öffentlichkeit erneut zugänglich gemacht. Zugleich wurde in der Veranstaltung an Ellen Thiemann erinnert, die voller Kampfkraft und Wahrheitswillen steckte. Verbunden mit der Ausstellungseröffnung fand ein Zeitzeugen-Gespräch mit den ehemaligen politischen Häftlingen der DDR Regina Labahn und Sigrid Richter (VOS) statt, das von Peter Keup, früher selbst in der DDR inhaftiert, moderiert wurde. Labahn und Richter saßen wie auch Ellen Thiemann im berüchtigten Frauengefängnis Hoheneck ein. Ihre Berichte waren spannend und erschütternd, jedoch auch mahnend. Die Erinnerung an die Frauenhaftanstalt wie auch die Schicksalsberichte von politisch verfolgten Frauen in der DDR allgemein werden vor dem Hintergrund des Erfolges der Friedlichen Revolution und der Freude über die Wiedervereinigung unseres Landes häufig vernachlässigt und drohen zunehmend in Vergessenheit zu geraten. Auch die Bedeutung des offenen politischen Widerstandes, der den Inhaftierungen jeweils vorausging, ist vielen Menschen nicht bewusst. Ohne Fluchtversuche, sogenannte Hetze und Ausreiseanträge wäre es in der DDR nicht zu der Unruhe gekommen, die im Land umging und in den späten 1980er Jahren ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die Berichte der beiden Zeitzeuginnen umrahmte die Kulturwissenschaftlerin Dr. Silke Flegel von der Ruhruniversität Bochum mit einer bewegenden Lesung aus verschiedenen Büchern Ellen Thiemanns, wobei sie tiefe Einblicke in das Leben dieser starken Frau gab und nachwirkende Eindrücke über den Umgang der DDR-Organe mit den Feinden des Arbeiter- und Bauernstaates vermittelte.

Ellen Thiemann verbrachte mehr als zwei Jahre hinter Gittern. Sie war in dieser Zeit von ihrem Kind getrennt worden und musste aufgrund ihrer künstlerischen Begabung nach der regulären Arbeitszeit in der Haftanstalt Hoheneck für das Wachpersonal Teppiche knüpfen und Teller bemalen. Die Wachleute forderten diese mit ideenreichen Motiven versehenen Kunstgegenstände von der Gefangenen, um sie dann privat verschenken zu können. Einige davon sind als Exponate in der Ausstellung zu sehen, ebenso die Kleidungsstücke (Cordjeans und damals moderne Bundjacke) die Ellen Thiemann bei ihrem missglückten Fluchtversuch trug.

Die intensiven Zeitzeugen- Berichte von Regina Labahn und Sigrid Richter verdichteten noch einmal den Eindruck der Haftbedingungen in der berüchtigten Vollzugseinrichtung, sie erzeugten bei den anwesenden ebenfalls einstmals Inhaftierten böse Erinnerungen und vermittelten den übrigen interessierten Gästen bildliche Vorstellungen von Haft und Verfolgung in der DDR.

Mit Spannung verfolgten die Besucher dann die Lesung aus den Büchern von Ellen Thiemann. Diese eröffnete aufschlussreiche Erkenntnisse zur Wirklichkeit der zweiten deutschen Diktatur und deren inzwischen Geschichte gewordenen Überwindung.

Ellen Thiemann hat wegen ihrer durch Verrat missglückten Flucht mehr als zwei Jahre im berüchtigten DDR- Frauengefängnis Hoheneck eingesessen. Sie war zeitlebens als engagierte Aufklärerin über das DDR-Regime und in der Demokratieerziehung junger Menschen tätig. In ihrer vielgestaltigen Kunst hat sie eine ganz eigenständige Ausdrucksweise in der Darstellung der Themen gefunden, die als Reflex auf ihre Biografie überrascht und zur kontroversen Diskussion einlädt. Zudem war den Beiträgen der Zeitzeuginnen Regina Labahn und Sigrid Richter zu entnehmen, wie wichtig die Erinnerung und die Aufarbeitung der SED-Diktatur nach wie vor sind, um die Gefährdungen, denen der demokratische Staat jederzeit ausgesetzt ist, zu erkennen und dagegen zu kämpfen.

Die Fundamente von Demokratie und Freiheit müssen immer wieder neu erarbeitet und das Erreichte stets verteidigt und jüngeren Generationen übermittelt werden. Auch darauf machte die Veranstaltung in der Essener Galerie F19, die dankenswerterweise von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED- Diktatur (Berlin), dem Verein *Politiksprecher* (Frankfurt / Wuppertal), dem Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum sowie weiteren Kooperationspartnern unterstützt wurde, greifbar aufmerksam.

→ *nächste Seite oben*

→ von Seite 8 unten

Erinnert wurde im Rahmen der Veranstaltung auch an den kürzlich verstorbenen DDR-Zeitzeugen und früheren politische Häftling Dieter Rother, der sich zusammen mit dem ebenfalls kürzlich verstorbenen Dietrich Garstka von Essen aus bundesweit um die Erinnerungskultur verdient gemacht hat.

Dieter Rother hatte noch im Juni als Gast an einer Zeitzeugen- Veranstaltung am Essen-Borbecker Gymnasium teilgenommen und sich in einer spannenden Diskussion mit der Schulklasse selbst an seine Haftzeit erinnert. Tief bewegt und auch vom Interesse der Schülerinnen und Schüler beeindruckt, war er aus diesem Seminar herausgegangen. Es war deutlich zu spüren gewesen, dass sich an diesem Tag für ihn ein weit gefasster Kreis des Lebens geschlossen hatte. Wenige Wochen später verstarb er. Die Ausstellung der Kunstwerke der prominenten Journalistin, Autorin, DDR-Zeitzeugin und Künstlerin Ellen Thiemann sowie deren vielfältige Publikationen, die zu den Standardwerken der Veröffentlichungen zur DDR gehören, ist noch bis Anfang November 2019 im F19 in Essen zu sehen. Danach soll sie auch andernorts gezeigt werden, wofür noch Unterstützerinnen und Unterstützer gesucht werden.

Zum 9. November folgen die beiden Leiter bzw. Betreiber des Kulturstudios F19, Peter Keup und Harald Korff, der Einladung des deutschen Botschafters in Venezuela, Herrn Daniel Kriener, und werden Teil der Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag des Mauerfalls in Carracas sein. Mit dem Aufenthalt in Venezuela wird auch ihre auf ein halbes Jahr angelegte "Weltreise in Sachen DDR/ Diktatur-Erinnerung und Demokratieförderung" beginnen, die sie weiter u. a. an deutsche Auslandsschulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen führen wird. Damit wird das wichtige Anliegen, dass die wirklichen Zusammenhänge und Hintergründe des Mauerfalls und der Wiedervereinigung Deutschlands auch im Ausland bekannt werden, erfüllt.

Harald Korff / Fg

Informationen unter d. Links:

https://gymbo.de/index.php/presse/445-was-demokratie-eigentlich-bedeutet-borbeck-kurier-3-7-19) zur Presseberichterstattung zur Zeitzeugen- Veranstaltung mit Dieter Rother

Kulturstudio F19 arts+events
Friederikenstraße 19
45130 Essen-Rüttenscheid
www.F19essen.de

NRW-Zeitzeugen-Projekt mit guter Bilanz

Das Zeitzeugen-Projekt der VOS in Nordrhein-Westfalen weist für das erste Halbjahr 2019 bereits eine Bilanz von etwa 40 Veranstaltungen an Schulen auf. Für das restliche Jahr sind schon weitere Termine festgelegt worden.

Wesentlichen Anteil an der großen Nachfrage haben die Newsletter I und II, die an zahlreiche Schulen verschickt werden. Darin sind sowohl Berichte und Presse-Links zu den absolvierten Veranstaltungen enthalten wie auch Fragen, die von den Jugendlichen oder den Lehrkräften gestellt wurden. Pro Newsletter werden zudem einzelne Zeitzeugen kurz porträtiert.

Wegen des Verdachts auf beabsichtigte Republikflucht blieb das Tor zur weiten Welt und zur Seefahrt rigoros verschlossen

Die DDR-Staatsorgane verhinderten für Lothar Tiedke von Koß die Erfüllung seines Traumes

Als gelernter Schiffbauer der *Volkswerft* Stralsund hatte ich schon sehr früh großes Interesse für Schiffe und die Seefahrt. Mein großer Wunsch war es, alle Meere zu bereisen, am besten mit der Handelsflotte der DDR.

1979 stellte ich meinen ersten Antrag auf ein Seefahrtsbuch der Handelsmarine. Meine Erwartungen waren groß. Die Bearbeitungszeit dauerte sehr lange. Zu meiner Verwunderung musste ich nach dem Antrag die Hauptwerft verlassen und extern arbeiten.

Dann kam die Ablehnung. Dies geschah ohne Begründung. An meinem externen Arbeitsplatz hatte ich plötzlich die schlechtesten Arbeitsbedingungen der gesamten Werft. Mein Traum von Deutschland, Onkel und Tante bei einem Landgang in Hamburg zu besuchen, schien unerreichbar zu sein. Ich bekam auf einmal die schlechtesten Arbeitsaufträge bei denen ich kein Geld verdiente. Dazu kam das Drängen der Werft zu einem Aufhebungsvertrag, was sich auch erfüllte. Ich bekam eine neue Arbeit in einer Werkstatt als LKW-Schlosser. Eine zweite Ausbildung als Autoschlosser bestand ich erfolgreich. Da mir die DDR bei der ersten Bewerbung bei der Handelsmarine keinen Grund für die Ablehnung nannte, bewarb ich mich ein zweites Mal. Jetzt bei der Fischerei. Wieder dauerte die Bearbeitung des Antrags auf ein Seefahrtbuch der DDR sehr lange. Dann kam die zweite Ablehnung, erneut ohne Begründung. Jetzt war mir klar, dass mein großer Wunsch zur See zu fahren von der DDR beendet wurde.

Nach dem Untergang der DDR im Jahr 1989 bekam ich die *Seemannskartei* zugeschickt. Der Vermerk für die erste Ablehnung lautete: *West-Verwandtschaft*. Der Vermerk für die zweite Ablehnung lautete: *Leiter VPKA* (Volkspolizeikreisamt – d. Red.) *lehnt ab, wegen Verbleib in der BRD*.

Meine Bewerbung für ein Seefahrbuch haben die Organe der DDR als Absicht zur Republikflucht unterstellt!

Anfang der 1990er Jahre habe ich auch ohne Seefahrtbuch meinen Verwandten einen Besuch abgestattet. Jetzt im vereinten Deutschland, ohne an Republikflucht zu denken.

Den Traum, die Meere zu bereisen habe ich mir in Deutschland im kleineren Maßstab doch noch erfüllt, ich kaufte mir ein Seekajak und fahre inzwischen auf der Ostsee. Nicht mal das war in der DDR möglich – wegen der Gefahr der Republikflucht! Ich bin froh, dass ich im vereinten Deutschland lebe.

Lothar Tiedtke von Koß

Das Foto (© privat) zeigt den Autor in einer Montage mit einem Wachturm der DDR-Grenzanlagen

Anm. d. Red.:
Vom Verfasser des vorstehenden Beitrags ist das Buch über seinen Leidensweg in der DDR und den Kampf um Gerechtigkeit für seine Leidensgeschichte erschienen. Das Buch trägt den Titel:

Mundtot ? Stasi-Opfer der DDR-Haftpsychiatrie klagt an

Das Buch hat acht fünf-Sterne-Bewertungen (höchste mögliche Punktzahl) bekommen und kann auch als ebook (9,90 Euro) heruntergeladen oder als gebrauchtes Exemplar erworben werden. Unter You tube ist zudem ein Video einsehbar, das Kamerad von Koß bei der Lesung aus dem Buch zeigt. Auch hier wurden erfreulich viele gute Bewertungen abgegeben.

Ich widerspreche diesen Medien vehement

Das falsche Bild eines Helden

✉ Warum glauben die Medien der Nachwendezeit, sich an der von DDR-Nostalgikern geprägten Legendenbildung eines Siegmund-Jähn als "Brückenbauer" zwischen Ost und West beteiligen zu müssen? Mit überdimensionierten Fotos und verklärenden Fernsehberichten pries man den Oberstleutnant der NVA als Helden, während man dem fast gleichzeitig verstorbenen DDR-kritischen Autor Günter Kunert nur in separaten Kulturrubriken ein wenig Aufmerksamkeit widmete! Man verortete Jähn in den Kommentaren ohne jegliche Differenzierung und geradezu unüberlegt als bleibenden "HELD der Ostdeutschen".

Da widerspreche ich als Ostdeutscher vehement. Und nicht nur ich. Denn vielmehr erinnern wir uns beim Thema Heldenmut an einen anderen deutschen Raumfahrer: 1995 verunglückte tödlich Reinhard Furrer, der in seiner Westberliner Studentenzeit als selbstloser Fluchthelfer am legendären Unternehmen "Tunnel 57" mitwirkte – ein echter Brückenbauer zwischen Ost und West, in Gestalt eines Tunnelbauers im geteilten Berlin. Und dass Jähn nach eigenen Angaben nicht die gewünschten Raumflug-Fotos mit der MFK 6 von der DDR gelingen konnten, weil "es dort fast immer dunkel war", sollte uns allen bis heute zu denken geben.

Manfred Kruczek (FORUM z. kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte in Brandenburg)

Dreißig Jahre nach dem Mauerfall: Demokratie, was ist das?

Eine offene, sachliche Kritik an den Zuständen in unserem Land / von Brigitte Völkel (VOS)

Ich freue mich immer, wenn die *Freiheitsglocke* bei mir im Briefkasten angekommen ist. Die Beiträge erzeugen für mich eine Verbundenheit mit jenen Kameradinnen und Kameraden, die wie ich im DDR-Staat unter der Diktatur gelitten haben und bei denen die Folgen bis heute spürbar sind. Bei einigen Beiträgen in der Freiheitsglocke bleiben meine Gedanken besonders hängen, so dass ich sie gern einmal mitteilen möchte.

Zu dem Artikel „Auf ein Wort des Redakteurs“ von A. Richter in Fg 799 über Dr. Hubertus Knabe finde ich, dass dessen Sachlage klar und deutlich offengelegt werden sollte. Eine Vorverurteilung, ähnlich wie früher bei der Stasi, passt nicht in unsere heutige Zeit. Wenn es eine „echte Schuld“ gibt, dann kann sie die Öffentlichkeit auch erfahren, damit die Menschen die Art und Weise des Umgangs mit Dr. Knabe verstehen können. Ansonsten erleben wir Misstrauen und Missverständnisse, vor allem ungerechte Vorverurteilungen.

Zum Problem der schwindenden Mitgliederzahlen in der VOS: Auch ich habe in früheren Jahren mit ehemals jüngeren politischen Gefangenen über die Wichtigkeit eines organisierten Opferverbandes gesprochen. Viele wollten von dem, was sie in der Haft und bei der Stasi erleben mussten, nichts mehr wissen. Traumatisiert haben sie ihre Gefühle und die tiefe Verletztheit irgendwann verschlossen. Die nachfolgenden Generationen fragen uns Ältere skeptisch: „Was habt ihr erreicht?“, und sie fügen hinzu: „Zum Dank erfahrt ihr heute in vielen Belangen Ablehnung und Kränkungen, und das macht euch zusätzlich psychisch kaputt.“ Dann habe ich zwar für den Moment genügend Argumente, um meine VOS-Mitgliedschaft zu begründen, aber anschließend fühle ich mich völlig erschöpft. Vielleicht gibt es durch das Zeitzeugen-Projekt an den Schulen junge Menschen, die man für eine solch wichtige Aufgabe gewinnen könnte. Zum Beitrag von Hugo Diederich auf Seite 3 (Tagebuch der kritischen Gedanken) mit dem Thema Wohnungsnot oder Wohnungsknappheit: Schon 1969 hatte ich, verheiratet, ein Kind, keinen Anspruch auf eine Wohnung in der „DDR“, denn meine Eltern hatten ein kleines Einfamilienhaus. Dort wohnten wir drei Personen im Kinderzimmer ohne Wasserleitung und ohne Abfluss. Durch einen 200 km entfernt wohnenden Arbeitskollegen erhielten wir endlich eine Wohnung. Nach unserem Auszug ging jedoch der Ärger für meinen Vater richtig los. Die Behörde wollte ihm, als wir ausgezogen waren, eine fremde Person in mein ehemaliges Zimmer setzen.

Mein Vater wehrte sich mit der Begründung, das Haus sei sein Eigentum und darüber bestimme er. Eines Tages standen der ABV des Wohnortes, ein Krankenwagen und die Hausärztin bei meinem Vater vor der Tür. Er wurde kurzerhand in die Psychiatrie nach Haldensleben eingewiesen. Als ich meinen Vater ein paar Tage später dort besuchte, durfte ich nicht allein mit ihm reden. Jemand vom Personal musste dabei sein. Mein Vater sprach mit den Augen und den Körperbewegungen. Er wurde im Bett festgeschnallt, bekam Medikamente, die er nicht nehmen wollte, hatte tiefliegende Augen und dunkle Augenränder. Er war ganz und gar nicht verwirrt, und er wollte nach Hause. Als Krankenschwester erlaube ich mir diese Einschätzung.

Er flüsterte mir zu:
„Die bringen mich um!“ …
Nach einem Jahr war er tot.

Bei der Verabschiedung nahm ich meinen Vater in den Arm. Er flüsterte mir zu: „Die bringen mich um!“ Nach vier Wochen kam mein Vater nach Hause, er war ein Jahr später tot.

Heute ist es undenkbar, dass Menschen enteignet werden. Wir leben in einer Demokratie?! Zu dem Beitrag von Dr. Winter „Jedes Opfer im Kampf gegen eine Diktatur verdient den Respekt der Demokraten und sollte entsprechend entschädigt werden.“ – Dieser Forderungskatalog ist richtig und wichtig für die ehemaligen betroffenen politischen Häftlinge.

Es gibt ehemalige politische Häftlinge, die die vorgegebenen 180 Tage nicht erreichen.

Zu all diesen Punkten habe ich ein unbedingtes Ja. Trotzdem möchte ich eine Anmerkung machen: Es gibt ehemalige politische Häftlinge, so auch ich, die die vorgegebenen 180 Tage aus verschiedenen Gründen nicht erreichen. Wenn ich von mir ausgehe, dann war es so, dass ich bereits vor der Verhaftung Verhöre bei der Stasi hatte, die sich über eine bis mehrere Nächte hinzogen. Demnach käme ich mit meinen 169 Tagen Haft und den gestückelten Verhör-Tagen auf weit über 180 Tage. In einer Gerichtsverhandlung (nach der Wiedervereinigung – d. Red.) sagte der Staatsanwalt, der einstmals in der „DDR“ Staatsanwalt für Verkehrsdelikte war: „Das gab es in der DDR nicht.“

In meiner Akte steht, dass mehrere Seiten vernichtet wurden. Aber das interessierte nicht und wurde nicht berücksichtigt. Dass die Stasi viele Akten verbrannte, ist immerhin bekannt. Ich habe damals einen Fotografen gefunden, der bei der Übernahme der Stasi-Zentrale meines Verhaftungsortes mehrere Fotos von einem ganzen Berg an geschnipselten Akten gemacht hatte. Auch diese wurden bei Gericht nicht anerkannt. Man muss fragen: Demokratie, was ist das?

Ich finde es bedauerlich, dass für die betroffene Gruppe, denn ich bin nicht die Einzige mit diesem Problem, keine Aufnahme in den Forderungskatalog erfolgt ist.

Auch zum Artikel („Haben wir 1989/90 zu früh triumphiert und uns zu viel versprochen?“) des ehemaligen Bundesvorsitzenden Rainer Wagner möchte ich mich äußern. Die in diesem Beitrag abgegebene schonungslose Bilanz hat mich durchgerüttelt.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

Ich frage mich, ob wir den Politikern mit zu viel Harmoniebereitschaft gegenüberstehen. Ich glaube, sie verstehen diese, unsere Sprache nicht. Sie erhöhen sich die Diäten, was sie als richtig und gerecht ansehen.

Inzwischen erledigen sich unsere Forderungen auf biologischem Weg.

Für ehemalige politische Häftlinge, durch die die Wiedervereinigung erst möglich wurde, ist die Politik erst nach Jahren bereit gewesen, etwas zuzugestehen. Inzwischen erledigen sich unsere Forderungen auf biologischem Weg.

Die Betroffenen benötigen dieses Geld häufig für die Behandlungen der Haftschäden, denn die „Igel-Leistungen“ der Ärzte“ machen es für sie nicht einfacher. Schon längst übernehmen die Krankenkassen nicht mehr alle Leistungen.

Die Eingliederung der Stasi-Unterlagenbehörde in das Bundesarchiv bringt hoffentlich für uns Betroffene keine Nachteile. Meine Sorge ist schon, ob unsere Unterlagen auffindbar bleiben.

Es gibt Behörden, die viel Geld für unnütze Dinge ausgeben – doch für so eine wichtige, geschichtliche Sache ist offenbar kein Geld da?

Das Frauenhoferinstitut könnte die Papierschnipsel der Stasi zusammenfügen. Ist das wirklich zu teuer? Es gibt Behörden, die viel Geld ausgeben für unnütze Dinge – doch für so eine wichtige, geschichtliche Sache ist kein Geld da? Es gibt doch auch das SED-Vermögen, welches dafür verwendet werden könnte. Immerhin freuen sich inzwischen die ehemaligen SED-Mitglieder über das, was sie erreicht haben. Ich wünsche mir mehr verantwortliche Politiker, die sich der Aufarbeitung der Geschichte annehmen und mit beiden Füßen in der Realität stehen.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Brigitte Völkel

Anmerkung: *Der Redakteur dankt Kameradin Brigitte Völkel im Namen der Leser*innen für diesen wichtigen Beitrag. Er ist trotz später Veröffentlichung aktuell.*

N A C H R U F

Dieter Rother 1932 – 2019

Im August 2019 verstarb mit Dieter Rother ein verdientes ehemaliges Mitglied unseres Verbandes im Alter von 87 Jahren. Kamerad Rother gehörte zehn Jahre lang der Zeitzeugen-Gruppe NRW an, hatte sich jedoch vor einem Jahr altersbedingt für den Ruhestand entschieden.

Dennoch hatte er sich im Juni noch einmal an einer Zeitzeugen- Veranstaltung in Essen- Borbeck beteiligt. Für ihn schloss sich damit ein weitgefasster Lebenskreis. War er doch nach der Haftentlassung aus der DDR nach Essen übergesiedelt, wo er sich anfangs mühevoll, aber langfristig erfolgreich eine berufliche und private Existenz als Lehrer an einem Berufskolleg aufbauen konnte.

Dieter Rother war ein sympathischer, ausgeglichener Mensch, der in seiner stets auch humorvollen Art bei den Mitmenschen akzeptiert wurde. Er wurde 1932 in Oberschlesien geboren, kam aber schon 1933 nach Frankfurt/Oder, wo er auch das Kriegsende und die Nachkriegszeit erlebte. 1950 wurde er wegen der Anbringung von Freiheitsparolen, zu denen aus West-Berlin die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit aufgerufen hatte, verhaftet und von einem Sowjetischen Militärtribunal zu zehn Jahren Haft verurteilt. Er verbüßte von der Haftstrafe drei Jahre und neun Monate und wurde 1954 zunächst in die DDR entlassen. Von hier flüchtete er in die Bundesrepublik. Seine ausführliche Lebens- und Haftgeschichte hat Dieter Rother noch kurz vor seinem Tod in einem im Selbstverlag erschienenen Buch erzählt. In dem von Silke Flegel und Frank Hoffmann herausgegebenen Sammelband „Fluchtpunkt NRW“ findet sich eine kürzere Fassung. In diesem Buch sind die Kurzbiografien der meisten anderen Zeitzeugen unserer Gruppe festgehalten.

Mit Dieter Rother verlieren wir einen aufgeschlossenen, hilfsbereiten Kameraden, der in unseren Gedanken und Erinnerungen noch lange bei uns sein wird.

Im Namen des VOS-Zeitzeugen-Projekts NRW: A. Richter, Christoph Becke

Info: Der Bericht über die Zeitzeugen-Veranstaltung mit Dieter Rother findet sich unter dem Link: https://gymbo.de/index.php/presse/445-was-demokratie-eigentlich-bedeutet-borbeck-kurier-3-7-19.

G E B U R T S T A G

Die VOS gratuliert Karl-Wilhelm Fricke zum 90.

Am 3. September beging der DDR-Forscher Karl Wilhelm Fricke sein 90. Lebensjahr. Blickt man aus heutiger Sicht auf diesen ungewöhnlichen Lebenslauf, dann staunt man, mit welcher Zielstrebigkeit und Unbestechlichkeit er sich nach vierjähriger DDR-Haft zu einem der führenden DDR-Forscher entwickelt hat. Am 1. April 1955 wurde Fricke in Berlin-Schöneberg in der Wohnung eines Stasi-Agenten betäubt und nach Ostberlin entführt. Der Haftbefehl war von Erich Mielke, damals noch stellvertretender Minister für Staatssicherheit, unterschrieben. Danach folgten 467 Tage ununterbrochener Verhöre im Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Karl Wilhelm Fricke verbrachte diese 15 Monate in Dunkelhaft im Keller des Gefängnisses, das von den Gefangenen „U-Boot“ genannt wurde. Schließlich wurde er am 11. Juni 1956 vom Obersten Gericht der DDR in einem Geheimprozess zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Jörg Bernhard Bilke

Von Siegern und Verlierern und von falschen Auslegungsweisen der Meinungsfreiheit

Mario Röllig wurde bei der Führung in der Opfergedenkstätte auf besondere Weise mit der Vergangenheit konfrontiert

Auch nach der Abberufung von Hubertus Knabe finden die regelmäßigen Führungen durch die Stasi-Opfergedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen statt. Durchgeführt werden sie überwiegend von ehemaligen politischen Häftlingen, die hier zu Zeiten der SED-Diktatur gefangen gehalten wurden und schwere Repressalien erfahren mussten. Einer von ihnen ist Mario Röllig, dem in der DDR sehr übel mitgespielt worden war, nachdem er versucht hatte, per Flucht in den freien Teil Europas zu gelangen. Kürzlich hatte er bei einer seiner Führungen ein „besonderes" Erlebnis, als sich mehrere unverbesserliche Ex-Stasi-Leute unter die Teilnehmer seiner Gruppe gemischt hatten.

Gestern hatten sich während des öffentlichen Rundgangs durch die Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen eher zufällig drei alte ehemalige hohe Stasi-Offiziere und SED-Funktionäre in meine Besuchergruppe gemischt. Gegen einen dieser Herren führte ich 2009 und 2011 erfolgreich zwei Gerichtsprozesse beim Landgericht Berlin, in denen dieser und sein Verlag „Neues Berlin" zu einer Geldstrafe an mich verurteilt wurden, wie auch auf Unterlassung mir falsch unterstellter Aussagen zur Geschichte der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Stasi Berlin-Hohenschönhausen.

Der Rundgang mit acht weiteren Besuchern verlief zunächst normal und stieß wie immer auf gute Resonanz. Eine Besucherin ergänzte meine Ausführungen sogar an einigen Stellen des Rundgangs, da ihr von den Glaubensschwestern der Zeugen Jehovas sehr traurige Erfahrungsberichte übermittelt worden waren, die man in den 1950er und 1960er Jahren in Hohenschönhausen inhaftiert hatte.

Die Stasi-Rentner fingen auch dabei schon an verächtlich zu lachen, wenn auch noch leise, und sie gaben ihre ersten Kommentare dazu ab. Dann eskalierte die Situation. Die Herren meinten, dass laut Medien in den letzten Monaten ein Kulturwandel in ihrem Sinn stattgefunden hätte und sie in die Arbeit der Gedenkstätte einbezogen würden. Aber das scheint nicht der Fall, denn ich würde ja wie schon vor 20 Jahren die gleiche schlimme Propaganda machen.

Nun reichte es mir und auch den anderen Besuchern. Ich sagte den Stasi-Rentnern, dass ich am liebsten die Polizei holen würde, damit sie für die Leugnung ihrer Verbrechen und die Verhöhnung ihrer Opfer endlich verurteilt werden. Da dies aber bisher in Deutschland nicht möglich ist, blieb mir nur, telefonisch unseren Wachschutz zu rufen und sie aus meiner Führung entfernen zulassen.

Dies geschah dann auch.

Als sie gehen mussten riefen sie noch: „So sieht die Meinungsfreiheit in diesem Land aus!"

Nach dem Ende meines Rundgangs, kamen die anderen Besucher noch mit zum Besucherdienst und schilderten den Vorfall. Sie bedankten sich sehr herzlich bei mir für meine gute authentische Führung. Sie waren schockiert und empört, dass so etwas im Jahre 2019 nach dem Mauerfall und der friedlichen Revolution 1989 in Deutschland noch möglich ist.

Ich bedanke mich hiermit ausdrücklich bei den acht Besucherinnen und Besuchern dieser Gruppe, bei meinen Kolleg*innen und bei der kommissarischen Leitung der Gedenkstätte Hohenschönhausen für ihren Beistand in dieser für mich emotional schwierigen, belastenden Situation. Ganz besonders aber bedanke ich mich bei meinem Vater, der mir, nachdem ich ihm den Vorfall geschildert hatte, am Telefon sagte: „Junge vergiss nicht, wir sind die Sieger."

Mario Röllig

Anm. d. Red.: *Der vorstehende Beitrag wurde in einem öffentlichen sozialen Netzwerk veröffentlicht und dort mit Erlaubnis des Verfassers entnommen. Kamerad Mario Röllig ist auch im Zentralen Koordinierenden Zeitzeugen-Büro gelistet.*

Hier kommen riesige Probleme auf uns zu

Über das wir auf dem Planeten tun und was wir unseren Nachkommen hinterlassen

Eine schwere Krankheit grassiert in Europa, speziell in Deutschland und kein Arzt oder Apotheker kann helfen. Die Krankheit nennt sich Dummheit, gepaart mit Unwissenheit, Gleichgültigkeit und ungezügeltem Machtanspruch in den Parlamenten, Kirchen und Gewerkschaften. Diese Krankheit wird nicht etwa bekämpft, sondern von Medien aller Couleur sowie NGOs, Think Thanks und mächtigen Geldhaien am Laufen gehalten. Wer sich dieser Macht entgegen stellt wie der böse Trump, der schlimme Johnson oder der arge Bolsonaro, wird massiv von den „Gutmenschen" unter Druck gesetzt. Ist Europa und damit auch Deutschland auf dem Weg in eine Diktatur, wie sie Orwell in seinem Buch „1984" beschreibt?

Die Sorge um die nächsten Generationen treibt mich um, und wenn man jetzt schon Greta und nicht mehr Merkel als mächtigste Frau der Welt bezeichnet, ist etwas oberfaul auf unserem Planeten. Es ist sicher wichtig, dringend etwas gegen den Klimawandel zu tun, aber was ist mit dem riesigen Schuldenberg in Europa. In 20 bis 30 Jahren wird die Erde 10 Milliarden Menschen unterhalten müssen. Man muss fragen: Wie soll das geschehen, wenn es jetzt schon große Fluchtwellen aus Afrika und anderen Teilen der Welt in die Industriestaaten gibt? Vernichtung der Wälder, Verschmutzung der Meere und Klimaveränderung sind riesige Probleme der Menschheit, die durch einen gewaltigen Bevölkerungszuwachs nicht eben leichter zu lösen sind.

Nur wenn man diese Gefahren gezielt durch die Medien anspricht, wird sich etwas ändern. Ich habe einen Weltkrieg, zwei Diktaturen in Deutschland, den gesamten langen Kalten Krieg und viele andere schlimme Dinge überlebt, und ich sehe es als meine Pflicht an, mir Sorgen zu machen und diese Sorgen öffentlich kundzutun.

Jörg Petzold

Häftlings-Schicksal

Er sagte: „Wir werden uns später in Chemnitz wiedertreffen.“ Es war ein Irrtum

Ein Besuch bei der einstigen Workuta-Inhaftierten Elfriede Kreßig bringt sowohl bittere wie auch tröstliche Erinnerungen an die schwersten Jahre ihres Lebens

Und dann stand ich am 10. August 2019 zur verabredeten Zeit vor ihr, in ihrer Wohnung im Chemnitzer Ortsteil Reichenbrand. So oder wenigstens so ähnlich hatte ich sie mir vorgestellt: Klein und zierlich. Gut, die dunklen Haare waren jetzt silbergrau, und das Mädchenhafte, das sie auf dem Foto, das sie mir geschickt hatte, ausstrahlte, war verschwunden. Was auch nicht verwunderlich für eine 92-Jährige ist. Beeindruckt haben mich sofort ihre kerzengerade Haltung und ihr klarer, sanfter Blick. Nichts an ihrer Erscheinung deutet auf ihr hartes Schicksal hin.

Kennengelernt habe ich Elfriede Kreßig über Anita Wille vor fast sieben Jahren während der Datenerhebung für die Website der Lagergemeinschaft workuta.de. Ohne großes Aufheben schickte sie mir ihren Lebenslauf, ein Foto, ihren Entlassungsschein aus Fürstenwalde, ihre Rehabilitierung und einen Lebensbericht. Seitdem haben wir uns einmal im Jahr zu Weihnachten geschrieben.

Als vor etwa einem Jahr Anke Giesen von Memorial Deutschland e. V. Kontakt zu mir aufnahm, um das Projekt „Letzte Adresse“ vorzustellen, das die russische Menschenrechtsorganisation *Memorial* jetzt auch auf Deutschland ausweiten möchte, habe ich sofort an Frau Kreßig gedacht. Mit diesen Gedenktafeln möchte Memorial der Menschen gedenken, die unschuldig in der Sowjetunion erschossen wurden oder im GULag umkamen.

Ob sie sich vorstellen könne, für ihren Mann Wolfgang Kreßig eine solche Gedenktafel an seiner letzten Wohnadresse anbringen zu lassen, fragte ich Frau Kreßig. Sie antwortete am Telefon, dass sie dafür im Prinzip sehr offen sei, es gebe nur ein Problem: Das Haus, in dem die damals frisch Verheirateten wohnten, sei in den 1970er Jahren abgerissen worden. Aber vielleicht wäre der Bäcker nebenan bereit, die silbergraue Gedenktafel in der Größe eines Briefumschlags (11 x 19 cm) an sein Haus, neben der Einfahrt zum ehemaligen Wohnhaus, anzubringen.

Mit lediglich zweieinhalbjähriger Unterbrechung hat Frau Elfriede Kreßig ihr ganzes Leben in Chemnitz-Reichenbrand gewohnt. Ihren späteren Ehemann Wolfgang lernte sie während der Tanzstunde kennen – ganz klassisch. Wolfgang Kreßig war Rechtspfleger am Amtsgericht Mittweida. Sie heirateten am 12. Oktober 1950 und zogen zu ihren Eltern in die Zwickauer Straße. Gegenüber der elterlichen Wohnung war ein Fotogeschäft, wo ihr Hochzeitsfoto im Schaufenster ausgestellt war.

Er wurde noch am selben Tag verhaftet

Am Morgen des 22. Juni 1951 entdeckte Frau Kreßig auf dem Weg zur Arbeit, dass das Hochzeitsfoto aus dem Fotogeschäft verschwunden war. Umgehend informierte sie ihren Ehemann, um ihn wegen einer bösen Vorahnung zu warnen. Umsonst, er wurde noch am selben Tag vor seinem Haus verhaftet. Als wir nach der Begrüßung in die Zwickauer Straße fuhren, zeigte sie uns, wo das Haus ihrer elterlichen Wohnung gestanden hatte. Jetzt war dort eine Brache. Nebenan war die Bäckerei und gegenüber, wo einst das Fotogeschäft stand, befanden sich jetzt Garagen.

Elfriede Kreßig erzählte, dass ihr Mann Wolfgang Kreßig der politischen Entwicklung durch die sowjetische Besatzungsmacht kritisch gegenübergestanden habe. Er sei des Öfteren nach Berlin gefahren. Ob er zum Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UFJ) in Berlin-Zehlendorf Kontakt aufgenommen hatte, konnte Frau Kreßig nicht mit Gewissheit sagen. Verwundern würde es mich allerdings nicht, denn der Leiter des UFJ, Walter Linse – Jurist und Anwalt – stammte ebenfalls aus Chemnitz.

Am 15. Juli 1951, drei Wochen nach dem Verschwinden ihres Ehemanns, wurde, auch Elfriede Kreßig verhaftet und in die Haftanstalt *Roter Ochse* in Halle eingeliefert. „Die ganze erste Woche habe ich nur geweint“, erzählte Frau Kreßig. Danach wurde sie aus der Einzel- in eine Gemeinschaftszelle verlegt, wo sie Anita Wille kennenlernte. Später beim Kaffeetrinken gestand Elfriede Kreßig, dass unter *normalen* Umständen Anita Wille und sie wohl nie Freundinnen geworden wären, da sie völlig unterschiedliche Typen seien. Anita Wille war die Wagemutige, die Kesse und die Vorlaute. Aber der *Rote Ochse* hat sie zusammengeschweißt. Es gebe wahrlich keine bessere Kameradin als Anita Wille, schwärmte Elfriede Kreßig. Sie sei von Anita nach Kräften beschützt worden.

Und obwohl sie sich jetzt nicht mehr treffen könnten, da sie beide schlecht zu Fuß seien, würden sie immer noch gelegentlich miteinander telefonieren.

Als Elfriede Kreßig sich in der Zelle den Haftkameradinnen vorstellte, wusste Anita Wille sofort, wen sie vor sich hatte. In den Tagen und Wochen zuvor hatte sie nämlich mit Elfriedes Ehemann Wolfgang „geklopft“. Er hatte ihr u. a. per Klopfzeichen mitgeteilt, dass er einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, als der sowjetische Verhörspezialist ihm offenbarte, dass sie jetzt auch seine Ehefrau verhaftet hatten.

Im Gruppenprozess gegen 15 Personen vor einem sowjetischen Militärtribunal im *Roten Ochsen* am 21. November 1951 sahen sich Elfriede und Wolfgang Kreßig erst- und letztmalig wieder. Wolfgang Kreßig wurde bezichtigt, der Kopf einer Widerstandsgruppe zu sein und Spionage für den amerikanischen Geheimdienst betrieben zu haben. Er wurde zum Tode verurteilt. Sie erhielt wegen angeblicher Mitwisserschaft eine Strafe von 20 Jahren Lagerhaft.

In einem unserer Telefonate zu Beginn des Jahres sagte Elfriede Kreßig: „Bei der Verhaftung haben sie uns unsere Eheringe abgenommen. Die hätte ich gerne zurück.“ Ich riet ihr, Kontakt zur Stiftung Sächsische Gedenkstätten (Dresden) aufzunehmen, die ihr Unterstützung bei der Antragstellung gewährte. Der Föderale Sicherheitsdienst der Russischen Föderation (FSB Russlands) antwortete am 27. März 2019 auf ihren Antrag zur Herausgabe ihrer Wertsachen: „In den Unterlagen der Akte sind Angaben darüber enthalten, dass die Wolfgang Kreisig und Elfriede Kreisig gehörenden Wertsachen am 24. Januar 1952 zugunsten des Staatshaushalts übergeben wurden.“ Die Eheringe waren also schneller im russischen Staatshaushalt verschwunden, als Elfriede Kreßig in Workuta eingetroffen war.

Nach dem Urteil konnte Elfriede Kreßig für einen kurzen Moment ihren Mann sprechen. Sie versprach ihm, auf ihn zu warten. Er solle ein Gnadengesuch schreiben. „Wir werden uns später in Chemnitz wiedertreffen.“

Elfriede Kreßig wurde zusammen mit Anita Wille nach Workuta deportiert. Dort waren sie in derselben Baracke untergebracht, schufteten aber nicht in der gleichen Brigade im Gleisbau. Elfriede Kreßig musste u. a. Schotter auf einen Bahnwagen laden; im Winter hatte sie Schnee zu schaufeln, was in der eisigen Tundra als Vorbereitung zum Bau einer Eisenbahnstrecke dienen sollte. Man kann sich nicht vorstellen, wie die zierliche, kaum 1,60 Meter große Frau bei den eiskalten Bedingungen den Spaten über ihren Kopf Richtung Ladefläche schwingen musste.

Am 19. Juni 1953 kam der Befehl, dass Frau Kreßig auf Etappe gehen sollte. Ein schwerer Moment war es für sie und ihre Kameradin Anita Wille, als sie sich am Lagertor verabschieden mussten. Wahrscheinlich hofften beide, dass die Trennung nur von kurzer Dauer sei. Wer konnte wissen, dass ihre Freundin erst zwei Jahre später, im Oktober 1955, entlassen werden würde.

Elfriede Kreßig musste danach noch bis Ende Dezember in Tapiau (bei Königsberg) in Haft bleiben, bevor sie am 28. Dezember 1953 über Fürstenwalde nach Hause fahren durfte. Sie schickte ihren Eltern ein Telegramm, ihr erstes Lebenszeichen nach zweieinhalb Jahren des Verschollen-Seins, aber sie kam an dem Tag nicht in Chemnitz an, da die Lagerleitung in Fürstenwalde keine Zivilkleidung in ihrer Größe hatte.

Für Elfriede Kreßig hat sich nie die Frage gestellt, nach der Haftentlassung in den Westen zu gehen. Zu sehr war sie heimatverbunden. Zudem wollte sie ihren Eltern eine nochmalige Trennung nicht antun. Im Januar 1954 fing sie in ihrer früheren Firma wieder an zu arbeiten. Dort blieb sie bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1987 beschäftigt.

All die Jahre wartete sie vergeblich auf Wolfgang Kreysig. Ende der 1950er Jahre erfuhr sie dann über das Internationale Rote Kreuz, dass ihr Ehemann in Russland umgekommen sei. Aber da ihr keine weiteren Angaben über die näheren Umstände mitgeteilt wurden, war da immer die Hoffnung, die Meldung sei falsch. So hat sie ihren Mann auch nie für tot erklären lassen. Erst Anfang der 1990er Jahre erfuhr sie über das Auswärtige Amt der Bundesregierung, dass Wolfgang Kreßig bereits am 26. März 1952 im Moskauer Butyrka-Gefängnis hingerichtet und seine Asche auf dem Donskoje Friedhof verscharrt worden war. Was für eine schreckliche Nachricht. Die Gedenktafel „Letzte Adresse“ an der Bäckerei wäre das einzige öffentliche Gedenken an das Unrecht, das Wolfgang Kreßig widerfahren ist. Leider kam auf die Anfrage keine Antwort, und so wurde die Tafel niemals angebracht. *„Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem man nicht vertrieben werden kann.“* Dieser tröstliche Spruch auf dem Fächer, den ihr Wolfgang Kreßig einst während einer der Tanzstunden geschenkt hatte, ist zu ihrem Lebensmotto geworden.

Stefan Krikowski
Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion

Fotos (© privat): S.14: Hochzeit 1950. Seite 15: Elfriede Kreysig heute (mit Herrn Krikowski)

Das alles ist nicht neu

Einige Einzelheiten über den Extremismus und seine Herkunft und die Erscheinungsformen

Was die gegenwärtige politische Stimmung betrifft, möchte ich meinerseits feststellen: Auch wenn man die Einzelheiten nicht so genau wusste, so wuchs schon damals meine Verachtung gegenüber allen verlinkten Linken. Der Links-Extremismus besaß ja ein großes ideologisches Hinterland der Sympathie, besonders unter Studenten und sogenannten geisteswissenschaftlichen Intellektuellen, die mit Palästinenser-Tüchern herumliefen.

Heute ist zur Abwechslung mal der Kampf gegen CO2 und den Klimawandel aktuell, ebenso gegen alles gerichtet, was noch mit bürgerlicher Vernunft in Verbindung steht.

Dass der geduldete, ja sogar geförderte Linksextremismus natürlich auch den Rechtsextremismus hervorkitzelt, erleben wir ebenso grausam.

Und als was wird jeder abgestempelt, der diesen lebensfeindseligen Quatsch der grün-roten Gutmenschen verachtet? Nun, ich könnte ein Lied davon singen ...

Siegmar Faust

Gedenktafel für NKWD-Keller?

Eine Nachricht aus Bad Freienwalde, die uns aufmerken lässt

Unerwartet erreichte mich dieser Tage der telefonische Anruf eines Leidensgefährten aus Bad Freienwalde/Oder, dem zur Kenntnis gekommen sei, dass ein Bediensteter der Stadt Freienwalde beabsichtige, im dortigen damaligen NKWD-(GPU)-Keller eine Gedenktafel für die dort von den Sowjets in den ersten Nachkriegsjahren eingesperrt gewesenen Freienwalder Bürger anzubringen. Zu den als Neunzehnjähriger Betroffenen gehöre auch ich. Mein Schicksal ist der VOS bekannt; das vieler anderer bleibt unbekannt.

H.-J. Keferstein (Meldung und Foto)

Ein Vortrag, der alle bewegte

Peter Hippe hinterlässt mit seinem Vortrag bei der Mülheimer CDU einen tiefen Eindruck

Vor mehr als 100 Gästen referierte anlässlich des Tags der Deutschen Einheit Zeitzeuge und VOS-Mitglied Peter Hippe im Medienhaus am Synagogenplatz in Mülheim / Ruhr auf Einladung der dortigen CDU-Gruppe und gab dabei wesentliche Einblicke in die Geschichte der deutschen Teilung wie auch in sein persönliches Schicksal.

Für manchen der Besucher war das, was Peter Hippe zu berichten hatte, durchaus eine neue Erfahrung. Während jener Teil der Menschen in den Neuen Bundesländern, die von der schaurigen DDR-Nostalgie besessen sind, die Verhältnisse im einstigen Unrechtsstaat auszublenden suchen, ist im Altbundesdeutschen Hinterland längst nicht allen bekannt, was im „Arbeiter- und Bauernparadies“ auf sich hatte, wegen Republikflucht, Ausreisebestrebens oder Staatsfeindlicher Hetze hinter den Mauern des Strafvollzugs dahinvegetieren zu müssen. Peter Hippe schaffte Aufklärung, und dies mit Fakten und Details, die er längst schon an Schulen und nicht zuletzt auch im (humanen) Strafvollzug heutiger Prägung vorgetragen hatte. Zudem bleibt ihm immer auch der Vorteil, auf das von ihm verfasste spannende Kapitel „Unmittelbare Gefahren für die staatliche Sicherheit“ im Zeitzeugenbuch des IDF „Fluchtpunkt NRW. Zeitzeugenberichte zur DDR-Geschichte“, erschienen in der Reihe Deutschland in Europa. Gesellschaft und Kultur, Bd. 3, ISBN 978-3-643-13382-3 (Herausgeber: Frank Hoffmann/Silke Flegel) hinzuweisen.

Mit insgesamt 17 Ausreiseanträgen, die Peter Hippe und seine Frau ab 1985 stellten, kann der heute 77-Jährige auf eine nahezu rekordverdächtige Bilanz verweisen. Seine mehr als 2.000 umfassende Stasi-Akte, die Kamerad Hippe nach dem Mauerfall einsehen konnte, sind eine Art perfides Feedback, an dem sich ermessen lässt, wie sich die DDR-Organe um ihre Bürgerinnen und Bürger bemüht hat. Nicht nur die Stasi war bei Peter Hippes Überwachung aktiv, sondern auch ein Arbeitskollege als eifriger IM und zudem Volkspolizei. Dass die Wohnung abgehört und in Abwesenheit der Ehepaares Hippe mehrmals durchsucht wurde, ist eine Erkenntnis, die ebenfalls nachträglich offenbar wurde.

Peter Hippe konnte seinen Zuhörern deutlich vermitteln, wie wichtig für ihn die Wiedervereinigung ist. Nicht nur dass er ansonsten seine Heimatstadt Halle (S.) nie wiedergesehen hätte, sieht er darin ein Stück geschichtliche Gerechtigkeit. *Valerie Bosse*

Der Kampf des Staates gegen seine Bürgerinnen und Bürger

Wer die DDR verteidigt, verteidigt das Unrecht

Ich bin Coburger und wurde als Mainzer Student während des Besuchs der Leipziger Buchmesse am 9. September 1961 auf dem Karl-Marx-Platz verhaftet und wegen „Hetze“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, die ich in Waldheim/Sachsen zubringen musste. Am 25. September 1964 wurde ich freigekauft.

Ich habe mich nach der Rückkehr in die Bundesrepublik zunehmend auf DDR-Literatur spezialisiert und auch an der Enquete-Kommission in Bonn mitgearbeitet. In den zwanzig Taschenbuchbänden (Suhrkamp) mit den Ergebnissen der Kommission steht mein Aufsatz „Unerwünschte Erinnerungen“ über DDR-Zuchthausliteratur (über 100 Titel).

Was den Unrechtsstaat DDR betrifft, so ist das eine Diskussion, die schon vor Jahren Gregor Gysi geführt hat. Er argumentierte, in der DDR wäre viel Unrecht geschehen, sie wäre aber dennoch kein Unrechtsstaat. Dieser Dialektik kann ich nicht folgen. Das hat Manuela Schwesig zuletzt auch noch Bodo Ramelow eingeredet. Ich bin dem thüringischen Ministerpräsidenten im April dieses Jahres in Arnstadt auf einer Geburtstagsfeier begegnet. Ein Freund aus Waldheimer Jahren feierte seinen 75. Bodo Ramelow ist nachgeborener Westdeutscher, der als Gewerkschafter nach Thüringen kam. Von der SED-Geschichte hat er, das ist meine Meinung, keine Ahnung.

Es wird immer argumentiert, dass man den Rechtsstaat sehr wohl, aber den Unrechtsstaat nicht definieren könne. Das ist Unsinn! Der Unrechtsstaat ist die Negation des Rechtsstaats und kann auf diese Weise definiert werden. Es gab einmal in den fünfziger Jahren eine vierbändige Dokumentation „Unrecht als System“ des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“ in Berlin. In diesem Titel steckt alles drin.

Die DDR hat immer stolz von sich behauptet, der Bundesrepublik Deutschland eine ganze Geschichtsepoche voraus zu sein – das war lachhaft, denn in Wirklichkeit war sie zwei Epochen zurück. Man braucht nur das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 zu lesen, nach dem ich am 22. Januar 1962 verurteilt wurde. Danach war alles verboten, was Bürgertum und Arbeiterklasse im 18./ 19. Jahrhundert erkämpft hatten: Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit, Informationsfreiheit, Streikrecht. Zu meinem Stasi-Vernehmer habe ich einmal gesagt: „Sie bekämpfen nicht den Klassenfeind, Sie bekämpfen den Menschen an sich!“

Dr. Jörg B. Bilke

Geschichte, wie sie wirklich war

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Hilden lud den NRW-Landesvorsitzenden F.H. Holtschke am 3. Oktober Referenten ein

Der alte Ratssaal Hilden war am Tag der Deutschen Einheit mit gut einhundert Mitgliedern der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gefüllt, als unser Kamerad Felix Heinz Holtschke (Foto) einen beeindruckenden Vortrag über die DDR, das kommunistische Unrecht, den politischen Widerstand und die heutige Situation in der Gesellschaft hielt. So klärte er die Abwesenden über die Statistik der von der SED- Regierung zu verantwortenden Verbrechen auf: *„Rund 200.000 politische Häftlinge wurden in den Gefängnissen der DDR zusammen mit Schwerstkriminellen eingekerkert; etwa 32.000 davon wurden zwischen 1963 und 1989 von der Bundesrepublik freigekauft, für die die Bundesregierung an das DDR-Regime 3,44 Milliarden DM zahlte bzw. Waren in diesem Wert lieferte; 55.000 Selbstschussanlagen waren zeitweise an der 1.378 km langen Innerdeutschen Grenze montiert. Zwischen 1,3 bis 1,4 Millionen Minen wurden auf Weisung der SED-Führung an der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westdeutschland verlegt; zusätzlich sorgten über 3.000 abgerichtete Hunde für eine praktische Unpassierbarkeit der Zonengrenze. An der 167,8 km langen Berliner Mauer wurden bis zu deren Öffnung 136 Menschen durch DDR-Grenzposten wie Hasen erschossen; 445 Flüchtende starben nach dem 13. August 1961 an der innerdeutschen Grenze bzw. bei der versuchten Flucht über die Ostsee, allein 4.522 Menschen wurden beim Fluchtversuch vor und in der Ostsee von der Volksmarine aufgegriffen.“*

Unverzichtbar auch sein Statement zum Mauerfall am 9. November 1989, das sich aus Sicht der Häftlinge und Verfolgten so ausnahm: *„Dieser 9. November 1989 war ein Tag von welthistorischer Bedeutung, das entscheidende Fanal für die maßgeblich durch Helmut Kohl gegenüber den Siegermächten knapp 11 Monate später so grandios durchgesetzte Wiedervereinigung des deutschen Volkes. … Diese die Welt bewegenden deutsch-deutschen Vorgänge zeigten den Menschen auf dem ganzen Globus, dass man mit friedlichen Mitteln des Protestes die zwanghafte Teilung eines Volkes unwiderruflich beenden kann. Bundeskanzler Helmut Kohl hat 1989 diese Chance erkannt und beherzt und geschickt den Mantel der Geschichte ergriffen.“*

FHH/ Valerie Bosse

Eine lügnerische Debatte

Vielen steckt der Unrechtsstaat DDR noch in den Knochen

Wenn man über die Frage diskutiert, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht, sollte man nicht mit solchen hinterhältigen Ausflüchten argumentieren, dass es ja gar keine Definition für einen Rechtsstaat gebe oder dass diese DDR *nur!* eine Diktatur gewesen sei. Man muss sich ganz gar nicht in peinlichen Interviews winden und mit dem Satz enden, nun sei ohnehin alles vorbei, wir schauen besser nach vorn oder in die Gegenwart, wo es andere Fragen und Probleme gibt.

Nein, man muss auch zurückschauen. In der Politik und der Gesellschaft wird es immer Probleme, Ängste, Lügen und Ausreden geben. Immer auch wird es heißen, die Zukunft ist wichtiger. Nochmals nein. Wir müssen, wenn wir über den Unrechtsstaat DDR reden, uns einfach auf den Volksaustand vom Juni 1953 besinnen. Die Menschen, die damals erschossen, verletzt, eingesperrt und gedemütigt wurden, sind vielfach nicht mehr unter uns. Aber sie bezeugen, dass keine Regierung auf seine Bevölkerung schießen darf, ohne dass man ihr selbige Grausamkeit als Unrecht anlastet. Nicht nur als Unrecht, sondern als Krieg. Jene Massen, die damals in der DDR flächendeckend auf Straßen und Plätzen waren, haben sich gegen einen Staat aufgelehnt, der ihnen unfreiwillig als Regime vorgesetzt worden ist. Es hatte bis dahin – und auch während des gesamten Bestehens einer DDR unter SED-Herrschaft – keine freien Wahlen gegeben. Die von Moskau eingesetzte Marionetten-Regierung hatte zu keinem Zeitpunkt die Legitimation durch eine offene, freie Wahl, wiewohl eine solche während des Juni-Aufstands von allen Demonstrierenden per Resolution gefordert worden war.

Die Herrschaft der SED war demnach nichts anderes als ein einziges dauerhaftes Unrecht, auf dem sich innerhalb von Jahrzehnten zahllose große oder kleinere Unrechtsfälle gründeten. Denn nicht anders als durch das Nachfolge-Unrecht hätte sich eine DDR behaupten können.

ARK

Eine posthume trügerische Verklärung

Zu einem Idol wurde Oberstleutnant Jähn erst nach dem Tod

Als kürzlich das Fernsehprogramm Arte die unterhaltsame Komödie „Good bye, Lenin“ gleich an mehreren Nachmittagen wiederholte, in der zu guter Letzt der Oberstleutnant Siegmund Jähn zu Honeckers Nachfolger berufen wird, waren der Überraschungseffekt und das Gelächter gleich groß. Es war nicht nur ein guter Witz, der das Ende eines erfindungsreichen Filmstückes krönte, sondern er offenbarte die Verlogenheit des bösen kleinen SED-Staates DDR in seiner kompletten Lächerlichkeit noch einmal mit einem einfachen, jedoch um so wirksameren Gedankenstreich.

Hatte man bis zu dieser späten Stelle des Filmes vieles mit großzügigem Humor, trotzdem mit dem Seufzer „Bloß gut, dass das alles vorbei ist und in dieser Skurrilität denn doch nicht möglich war“ angesehen, so rieb man sich am Ende die Augen und erinnerte sich endlich: Siegmund Jähn, uniformierte Marionette und belächelter Pseudo-Held im Auftrag seiner Ost- Berliner Hoheiten, durchquerte nach der Rückkehr aus dem Kosmos in einer offenen Limousine die Hauptstraßen der Bezirksstädte und strahlte sichtlich verkniffen den zum Winken und Jubeln verdammten Schülerinnen und Schülern am Straßenrand entgegen. Ein Kosmonaut, ein Gott – wenn auch drittklassig und nur beachtet, weil es das Politbüro aus den üblichen Propaganda-Gründen so hatte haben wollen.

Wie war das nun wirklich?

Man erinnert sich, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Siegermächte USA und SU sämtliches Knowhow zur Raumfahrt (auch aus dem Flugzeugbau) aus Deutschland abtransportiert hatten. Man kennt auch die Namen, die zum besagten Knowhow gehörten und die vor allem jenseits des Atlantiks Großes vollbrachten, bis sie schließlich ihre Mission erfüllt hatten und erst dann (umso eifriger) zu Nazis abgestempelt wurden.

Die DDR indessen ging leer aus, was nicht nur bildlich gesprochen zutraf. Stattdessen durfte man die Helden der Sowjets, die in bemannten Raketen schon in den frühen 1960er Jahren den Planeten Erde umkreisten, feiern und bewundern. Die Namen sind in den Stein der Geschichte gemeißelt: Gagarin, Titow, Tereschkowa. Und egal, dass auch sie derb zu Propaganda-Zwecken missbraucht wurden, gebührt ihnen für diese frühe Leistung großer Respekt.

Irgendwann jedoch entwickelte sich das Wettrennen in der Raumfahrt zur Farce, und nach der Mondlandung der USA- Astronauten im Jahr 1969 flachten Interesse und Bewunderung erheblich ab. Dementsprechend erntete 1978 die Meldung, nun habe auch die DDR einen eigenen Kosmonauten, bestenfalls ein Achselzucken. Fakt war: Die UdSSR hatte bis dahin schon jede Menge Kosmonauten in den Weltraum geschickt, sie gewährte vor Siegmund Jähn schon einigen Kosmonauten aus anderen *Bruderländern* die *Ehre* des Mitfliegens. Auch diese durften sich im Auftrag der jeweiligen Partei-Elite als Helden und Idole feiern lassen. Noch mehr gefeiert wurde freilich in der erzwungenen üblichen Katzbuckelei die ruhmreiche sowjetische Block-Diktatur.

Siegmund Jähn war demnach derjenige, der sich zur Marionette der Moskauer und der weit darunter liegenden Ost-Berliner Führung machen ließ. Ein Instrument wie es viele waren. Mag sein, dass er ein bescheidener, linientreuer Mensch war, der seinen Heimatort im Vogtland liebte, einer, wie ihn die SED brauchte. Deswegen jedoch war er kein Held. Helden haben sich in der DDR nicht als falsche Idole missbrauchen lassen, sie haben sich aktiv gegen das System gestemmt und selbstlos gehandelt – man denke an Oskar Brüsewitz.

Ein Idol, als welchen ihn die naiven Wessis anlässlich seines Todes nunmehr glorifizieren, war Siegmund Jähn am allerwenigsten. Dann hätten auch Katarina Witt oder der in Nordrhein-Westfalen geborene Bergman Adolf Henecke – später sogar Mitglied im ZK – Idole für das Volk sein müssen. Und das waren sie ganz bestimmt nicht. *B. Thonn*

Das Gedenken und die Aufarbeitung müssen Hand in Hand gehen

Vor zwei Jahren starb Dr. Wolfgang Mayer. Sein Internetforum war eine beachtliche Leistung

Am 2. Oktober 2017 verstarb nach langer und schwerer Krankheit unser geschätzter Kamerad Dr. Wolfgang Mayer, nachdem bei ihm im August 2015 eine unheilbare Krankheit diagnostiziert wurde. Wolfgang Mayer erfuhr noch zu seinen Lebzeiten großen Zuspruch, als anlässlich seiner Nach-Geburtstagsfeier (65 Jahre) und zur Beendigung des Schuldienstes in Erfurt etwa 40 Freunde und Kameraden seiner Einladung zur Feier nach Speyer folgten.

Wolfgang Mayer zählt gemeinsam mit Wolfgang Graetz zu den Initiatoren der Demos in Karlsruhe und Berlin 2016 bis 2017, als es darum ging, gegen das durch die Bundesregierung willkürlich verhängte Rentenunrecht gegenüber Übersiedlern aus der DDR zu protestieren. Die Proteste fanden unter Polizeischutz statt, und die überregionalen Medien berichteten ausführlich.

Mit dem Tod von Wolfgang Mayer wurde das von ihm initiierte und gepflegte Diskussionsforum www-flucht-und-ausreise.de eingestellt, da der Provider wegen verschärfter DSGVO "Angst vor Abmahnungen" hatte.

Daher war es nur noch kurze Zeit möglich, das Forum weiter zu betreiben. Glücklicherweise hat Dr. Mayers Witwe alle Dateien und Beiträge sichern können, so dass diese ohne weiteres wieder veröffentlicht werden könnten. Dass das bisher nicht möglich war, ist auf bestimmte Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Erbrecht zurückzuführen, was hier nicht näher erläutert werden soll. Ungeachtet all dieser Verwicklungen wäre es jedoch im Sinne aller Betroffenen und der Geschichtsaufarbeitung, wenn man jedwede Hindernisse beseitigen und die einstmals hochgeschätzten Beiträge für die Öffentlichkeit wieder zugänglich machen könnte.

Ich selbst habe mittlerweile Jörg Bernhard Bilke gebeten, zumindest einen ausführlicheren Nachruf auf Dr. Wolfgang Mayer zu verfassen und diesen wenn möglich in der Freiheitsglocke zu veröffentlichen. Der Text sollte sowohl persönliche Erinnerungen wie auch Ausführungen zu den zahlreichen Aktivitäten und Verdiensten enthalten.

Auf diese Weise könnte man sich Wolfgang Mayers kritischem Forum annähern. Ersetzen wird man es damit freilich nicht können. Das Forum trug übrigens die Bezeichnung www.DDR-Opfer.de / www.DDR-Ausreise.de.

Sehr hilfreich wäre es, wenn Wolfgang Mayers Frau, die über all die Jahre inhaltlich an der Gestaltung des Internetauftritts mitgearbeitet hat, für das Vorhaben gewonnen werden könnte. Einleiten könnte man einen solchen Prozess mit einer Gedenkveranstaltung, bei der sich die Teilnehmer mit verschiedenen Beiträgen beteiligen. Angesichts der sich zuspitzenden politischen Situation wäre die Erinnerungskultur in diesem Punkt umso wichtiger. Man nehme die Ablösung von Hubertus Knabe als Gedenkstättendirektor oder die anhaltend starke Position der Linken in Thüringen oder Berlin. Immer wieder tauchen in der Politik totalitäre Züge auf, von denen man glaubte, sie wären inzwischen endgültig im Müll der Geschichte verschwunden. Doch sie sind präsenter denn je. Ich beziehe mich abschließend auf ein Zitat von Lessing: „Nur die Sache ist verloren, die man selbst aufgibt.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Fritz Schaarschmidt

Wir trauern um

Waldemar Moritz	**Bezirksgruppe Berlin**
Gottfried Freund	**Bezirksgruppe Reichenbach**
Erich Beier	**Bezirksgruppe Freiberg**
Rolf Barnikol-Oettler	**Bezirksgruppe Franken Oberpfalz**
Fritz Hofmann	**Bezirksgruppe Stuttgart**
Hans-Jürgen Mewes	**Bezirksgruppe Westprignitz**
Karl-Heinz (Kalle) Seel	**Bezirksgruppe Berlin**
Günter Hoffmann	**Bezirksgruppe Berlin**
Horst Kreeter	**Bezirksgruppe Hessen- Rheinland/Pfalz**
Rainer Nietsch	**Bezirksgruppe Stuttgart**
Joachim Liebmann	**Bezirksgruppe Wurzen**
Heinz Fanta	**Bezirksgruppe Karlsruhe**
Heinz Noack	**Bezirksgruppe Stuttgart**
Fritz Schöne	**Bezirksgruppe Magdeburg**
Günther Halbauer	**Bezirksgruppe Gera**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

1989 – Hoffnung und Verrat – 2019

Von Christian Martin Lappe, Atlanta, USA

Man lag sich "neunundachtzig" in den Armen,
"Das Schicksal hat es gut mit uns gemeint!"
Was man ersehnte, das was niemand glaubte,
weil Mord und Zuchthaus jede Hoffnung raubte,
erfüllte sich – und Deutschland war vereint !

Doch lernten wir aus unserer Geschichte?
Dass Freiheit immer auch Verpflichtung ist?
Der Niedergang des Sowjet-Kommunismus;
so wie der Fall von Hitler's Sozialismus –
Warnung und Lehre – die man nie vergisst!?

"Politische" - dreihundertfünfzigtausend!
Im Stasi-Zuchthaus, sind das nicht genug?!
Wie kann man deren "Henker" jetzt hofieren,
im Bundestag mit Posten ausstaffieren?
Weshalb nur macht der Schaden euch nicht klug!?

Ist jetzt das Recht, die Einheit und die Freiheit,
Verteidigung und Liebe nicht mehr wert!?
Wird man den Deutschen "die Nation verbieten"?
Die Dummheit fördern!? – Hass gilt den Eliten!?
Wird so dem Land "der Untergang beschert"?!

Wie ist nur möglich, dass so mancher
"Linke Führer", als roter Star,
und Meister im Betrügen und Verraten,
uns den "beschränkten deutschen Demokraten",
erzählen will – was neunundachtzig war?!

Juckt euch das Fell nach einer "Linken Wende"?
Ist unser Land denn "ein Absurdistan?"
Tretet nicht euer Glück mit beiden Füßen!
Es werden eure Kinder für das büßen,
was ihr jetzt tut – „im linken grünen Wahn!"

Juli 2019, chrislappe@mindspring.com, lappe@uokg

Spenden für die Opfer und die VOS

Kommt der Erlös aus Versteigerung bei der RTL-Show der VOS zugute?

Viele von uns kennen die beliebte RTL-Sendung vom „Superhändler – vier Wände 1 Deal". Hier wird mit Witz, guter Laune und viel Herz auf niveauvolle Weise versteigert, gespendet und somit Gutes getan.

Nun besteht die Aussicht, dass die VOS von der Aktion durch Dietmar Graf (in der Mitte des strahlenden Sendeteams) profitieren könnte. – Die VOS kann jede Spende brauchen, wir alle würden uns freuen. *H. Diederich*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke", herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de) , eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke" vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 805/ 806 erscheint Nov. / Dezember 2019
Redaktionsschluss der FG 803/804 am 31. Sept. 2019